

Stephan Krüger

**Geld und Geldware:
Der Außen- und der Binnenwert des Geldes**

Während die marxistische Diskussion über Geld und Geldware Gold in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts noch respektabel erschien – schließlich war der Zeitpunkt der Verbannung des Goldes als Geldbasis des US-Dollars durch die Suspendierung der offiziellen Einlösungsverpflichtung durch die Nixon-Administration vom 15. August 1971 noch nicht gänzlich dem Blick entschwunden – hat man sich heutzutage fast mit dem Vorwurf des Nachhängens an kuriosen Auffassungen auseinander zu setzen, wenn man den Versuch unternimmt, eine ökonomisch relevante Beziehung zwischen den Währungen und einer Geldware Gold zu untersuchen. Schließlich existiert der internationale Währungszusammenhang seit nunmehr rd. dreieinhalb Jahrzehnten ohne offizielle Goldkonvertibilität, die goldenen Währungsreserven nationaler Zentralbanken und des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind in mehreren Verkaufsauktionen reduziert worden, etliche Finanz- und Währungskrisen in Ländern an der Peripherie des kapitalistischen Weltmarkts sind durch konzertierte Interventionen von IWF und Zentralbanken ohne jeglichen Rückgriff auf Gold als Geldware beherrscht worden und selbst der Zusammenbruch des „Weltsystems“ der realsozialistischen Staaten und die Diskreditierung ihrer Währungen erbrachte eine Bestätigung und Stärkung einer inkonvertiblen Repräsentativgeldwährung, des US-Dollars, als Weltgeld. Dem Befund einer kompletten Demonetisierung des Goldes und die praktische Realisierung der – allerdings unter anderen Rahmenbedingungen als denen freier Wechselkurse und eines deregulierten und globalisierten Kapitalmarkt getroffenen – Prophezeiung von J.M. Keynes, dass das Gold als „barbarisches Relikt“ aus der Ökonomie verschwinden solle, scheint man mittlerweile nicht mehr ernsthaft widersprechen zu können.

Die theoretischen Konsequenzen einer solchen durch den Augenschein gegebenen Wahrnehmung der Realität sind für die marxistische Werttheorie allerdings gravierend, muss man doch konzedieren, dass ihre tragenden Elemente wie Wertbestimmung durch gesellschaftliche Arbeit, Zusammen-

hang zwischen Wert und Wertform, schließlich die Beziehung von Ware und Geld allesamt entweder außer Kraft gesetzt wären oder zumindest grundlegend neu formuliert werden müssten. Genau dies wird dann von den meisten Protagonisten einer linken Debatte um Wert, Geld und Währung auch praktiziert. Entweder wird die paradigmatische Basis verlassen – allerdings meistens um den „Preis“ der Aufgabe des gesellschaftstheoretischen Gehalts der ökonomischen Theorie – oder es wird sich bemuht, der Marxschen Darstellung des Zusammenhangs zwischen Ware und Geld, je nach Lesart, metaphysische oder ökonomisch-klassische Relikte zu attestieren, welche durch neuartige Bestimmungen zu ersetzen wären; deren Erfolg und Überzeugungskraft hält sich nach unserem Dafurhalten allerdings – bislang – in engen Grenzen.¹

Zieht man aus dieser Bewertung des Verhältnisses zwischen Realität und ihrem theoretischen Widerschein nicht den Schluss, sich auf eine Seite, ohne Rucksicht auf die andere, zu schlagen, mag es vielleicht doch weiterfuhrend und Erfolg versprechend sein, ausgehend von den Basiskategorien der marxistischen Werttheorie die Vermittlung zu den erscheinenden Verhältnisse an der Oberfläche von Geld, Währung und Preisen aufzuspuren. Eine derartige Vorgehensweise impliziert im Hinblick auf die Bestimmtheit des Goldes als Geldware zunächst nur die Ausgangshypothese, dass die als Demonetisierung erfassten Tatbestände vielleicht doch nur Erscheinungsformen einer weit fortgeschrittenen Idealisierung dieser Geldware in der wirklichen Zirkulation sein könnten, denen man durch Weiterentwicklung der Marxschen Kategorien auf die Spur kommt, ohne die allgemeinen Bestimmungen von Ware, Wert und Geld außer Kurs setzen zu müssen. Dies wird unsere Ausgangshypothese sein, wodurch zugleich der methodische Zugang gegeben ist.²

¹ Vgl. stellvertretend für viele Herr/Heine 1992 für die Ersteren sowie Heinrich 2006 und Ganmann 1996 für die Letzteren.

² Es geht im nachstehenden Aufsatz um die Skizzierung eines Zugangs zur Analyse der politischen Ökonomie des Geldes auf der Grundlage der marxistischen Theorie. Demzufolge werden Eckpunkte markiert, die das Untersuchungsfeld aufspannen und Fragestellungen zur weiteren Analyse von Einzelaspekten begründen. Mehr noch als andere Gegenstandsbereiche der politischen Ökonomie sind Fragen der Geld- und Wahrungstheorie gehaltvoll nur im Zusammenhang mit der empirisch-statistischen Analyse jeweiliger Zeitperioden der kapitalistischen Weltwirtschaft zu behandeln, die natürlich im Rahmen eines Aufsatzes nicht abgehandelt werden können. Wir hegen die Hoffnung, die vor rd. 15 Jahren begonnenen und zwischendurch lange Zeit unterbrochenen Arbeiten vielleicht in mittlerer Zukunft in ihrem Zusammenhang gesamthaft darstellen und zur Diskussion stellen zu können.

1. Marx' Ansatz zur Lösung des Geldrätsels

Was macht die Marxsche Erklärung des Geldes theoretisch so überzeugend wie gleichzeitig so schwierig zu verstehen? Die Antwort lautet: Es ist die begrifflich-theoretische Auflösung des praktischen Zirkels von Ware und Geld, die sich wechselseitig voraussetzen, wodurch das Verständnis des ersten Abschnittes der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie sowohl erschwert wie einzigartig unter den ökonomischen Paradigmen begründet wird. Geld gibt es nicht ohne austauschbare Waren und Waren haben stets bereits einen Preis, der ihre Umsetzung gegen Geld antizipiert. An der Auflösung dieses Geldrätsels hat sich Marx jahrelang abgearbeitet, wie seine verschiedenen Entwürfe einer systematischen Darstellung der Formbestimmungen von Ware, Wert, Wertform, Austausch(prozess) und Geldfunktionen beweisen; erst spät, in der 2. Auflage des I. Bandes des ‚Kapital‘ hat er eine befriedigende Form der Darstellung gefunden, die frei von Reflexionsbestimmungen ist.³

Nun konnte Marx noch mit der Berechtigung des Verweises auf die damalige Wirklichkeit eines praktisch-existenten goldenen Weltgeldes formulieren, dass *„die Schwierigkeit ... nicht darin (liegt) zu begreifen, dass Geld Ware, sondern wie, warum, wodurch Ware Geld ist.“* (MEW 23, S. 107) Heutzutage jedoch kommt zu dieser Schwierigkeit hinzu, dass auch der Umkehrschluss, dass Geld einen wie auch immer gearteten Bezug zu einer Geldware haben muss, keineswegs selbsteinleuchtend ist. Damit stehen dann die Basiskategorien für den spezifisch gesellschaftlichen Zusammenhang der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zur Diskussion.

Die Beziehung zwischen Geld und Geldware ist deshalb werttheoretisch fundamental, weil

- die Ableitung der Geldform aus dem Austauschverhältnis das begrifflich-ursprüngliche Gegenüberstehen zweier ordinärer Waren zwingend beinhaltet;⁴
- die Werteigenschaft und Wertbestimmung durch abstrakt menschliche Arbeit sich als Realabstraktion nur aus dem Wertverhältnis dieser Waren ergibt;⁵

³ Vgl. die immer noch lesenswerte Interpretation der verschiedenen Anläufe von Marx in Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems 1973.

⁴ Vgl. den Anfang des Marxschen ‚Kapital‘ und sein Arrangement zur Bestimmung des Warenwerts; in: MEW 23, S. 51

⁵ Vgl. *ibid.*, S. 51 f.

- die für die Warenproduktion charakteristische Verausgabung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit als arbeitsteilige Privatarbeit zur gegenständlichen Ausdrucksform des Werts in einem Gegenstand, d.h. dem Gebrauchswert einer anderen Ware treibt⁶ und schließlich
- die mit der Bestimmung des Geld als allgemeines Äquivalent zusammenfallende Funktion als Wertmaß die Existenz einer Selbstwert besitzenden Geldware unterstellt.

Dies heißt also: Die Marxsche Wert- und Geldtheorie geht zwingend von der systematisch ersten Bestimmtheit des Geldes als Ware aus; nur unter dieser Voraussetzung erschließen sich die „Gesetze der Warennatur“, die spezifisch gesellschaftliche Bestimmtheit der Arbeit sowie die Qualität des sozialen Handelns der Warenbesitzer als bewusst-unbewusstes Handeln, mit dem diese die gesellschaftlichen Verhältnisse stets aufs Neue reproduzieren. Hierdurch wird bekanntlich der eigentümliche Stellenwert der Marxschen Theorie als Gesellschaftstheorie im Gegensatz zur bloßen Fachökonomie begründet.⁷ Jede Gegenposition zu diesem Ausgangspunkt der begrifflich-ursprünglichen Identität von Geld und Ware muss das gesamte Ausgangsarrangement der Marxschen Deduktion verändern bzw. umkehren und das Geld als Erstes den ordinären Waren gegenüber stellen.⁸ Damit wären zugleich die private Verausgabung der gesellschaftlichen Ar-

⁶ Vgl. *ibid.*, S. 65 f.: *“Es genügt indes nicht, den spezifischen Charakter der Arbeit auszudrücken, woraus der Wert der Leinwand besteht. Menschliche Arbeitskraft im flüssigen Zustand oder menschliche Arbeit bildet Wert, aber ist nicht Wert. Sie wird Wert in geronnenem Zustand, in gegenständlicher Form. Um den Leinwandwert als Gallerte menschlicher Arbeit auszudrücken, muß er selbst als eine „Gegenständlichkeit“ ausgedrückt werden, welche von der Leinwand selbst dinglich verschieden und ihr zugleich mit anderer Ware gemeinsam ist.“*

⁷ Vgl. dazu auch den Aufsatz von D. Wolf (Wolf 2008) im vorliegenden Heft. Gesellschaftliche Praxis und das Problem der Geldware bei Ingo Stützle, Michael Heinrich, und Jannis Milios.

⁸ Wird dies getan, verwandelt sich das Geld aus der Darstellung und Messung des Warenwerts zum „*pfiffig ausgedachten Auskunftsmittel des gesellschaftlichen Verkehrs*“ (Marx), eine Verkehrung, die in der Äquivalentform angelegt ist – „*Sie (die Äquivalentform/d. Verf.) besteht ja gerade darin, daß ein Warenkörper, wie der Rock, dies Ding wie es geht und steht, Wert ausdrückt, also von Natur Wertform besitzt. Zwar gilt dies nur innerhalb des Wertverhältnisses, worin die Leinwandware auf die Rockware als Äquivalent bezogen ist. Da aber Eigenschaften eines Dings nicht aus seinem Verhältnis zu andern Dingen entspringen, sich vielmehr in solchem Verhältnis nur betätigen, scheint auch der Rock seine Äquivalentform, seine Eigenschaft unmittelbarer Austauschbarkeit, ebenso sehr von Natur zu besitzen, wie seine Eigenschaft, schwer zu sein oder warm zu halten.*“ (MEW 23, S. 71f. – und in der Bestimmung des Geldes als Zirkulationsmittel und im Geldumlauf fortentwickelt wird.

beit und das Handeln der Subjekte als bewusst-unbewusstes Handeln, schließlich die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse durch diese spezifisch gesellschaftliche Arbeit außer Kurs gesetzt. Es bleibt also dabei: Der Zirkel des Sich-wechselweise-Voraussetzens von Ware und Geld ist ausgehend von der Ware aufzulösen.

Wenn eine *„Ware ... nicht erst Geld zu werden (scheint), weil die anderen Waren allseitig ihre Werte in ihr darstellen, sondern sie ... umgekehrt allgemein ihre Werte in ihr darzustellen (scheinen), weil sie Geld ist“* (ib.), ist es für den bewussten Umgang der Warenbesitzer mit ihren Waren und Austauschprozessen an und für sich zunächst gleichgültig, woraus das Geld, mit dem sie rechnen, besteht – es reicht aus, dass es als Geld denominated worden ist und im gesellschaftlichen Verkehr allgemeingültig als Geld anerkannt wird. Betrachten wir das praktische Handeln des Warenbesitzers bei der Preisberechnung seiner Ware, wodurch er die Wertmaßfunktion des Geldes realisiert.

Was den Warenbesitzer interessiert, sind nicht die ökonomischen Formbestimmungen von Ware, Wert und Geld, sondern die Höhe des Preises, den der Käufer für die Ware zahlt. Bei der Ermittlung des Angebotspreises der Ware sind die Aufwendungen, die ihre Produktion verursachte, zu ermitteln und mit den Angebotspreisen der Wettbewerber sowie den realisierten Preisen aus der Vergangenheit abzugleichen. Bei dieser Aufgabe werden Preise zueinander ins Verhältnis gesetzt, die durch die Produktionsbedingungen der betreffenden Branche als auch durch die auf der Geldseite spielenden Einflussgrößen bestimmt sind. Die letzteren werden durch die Kaufkraft einer Geldeinheit bzw. ihre Veränderung gemessen. Aufgabe der Währungsbehörde (Zentralbank) ist es dabei, diese Kaufkraft einer (nationalen) Geldeinheit durch Einsatz ihres geldpolitischen Instrumentariums möglichst konstant zu halten; nur in der Bedingungslosigkeit, in der die Zentralbank diese Aufgabe erfüllen soll, unterscheiden sich die verschiedenen ökonomischen Schulen. Bleiben diese geldseitigen Einflussfaktoren für die Preise im Zeitablauf konstant bzw. beherrschbar, können sich die Energien der Warenbesitzer bzw. miteinander konkurrierenden Warenproduzenten optimal im Sinne der Bedienung des Marktes entfalten. Damit ist zugleich die Wertmaßfunktion des Geldes für den praktischen alltäglichen Verkehr realisiert.

Klar ist damit, dass der Geldpolitik der Zentralbank unter Bedingungen eines modernen Repräsentativgeldsystems eine wichtige regulierende Funktion zukommt. In der Tat zeigt die Geschichte des internationalen ka-

pitalistischen Währungszusammenhangs als eine große Linie, dass im Maße, wie Zeichengeld im Verhältnis zu Warengeld Geldfunktionen in der inneren und äußeren Zirkulation übernimmt, sich die Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten der Zentralbanken (Währungsbehörden) erweitern. Die naturwüchsige Form der Geldzirkulation wird sukzessive und immer mehr zu einer reflektierten Form im Sinne des bewussten Eingriffs in ihre Verläufe.

Die Frage, die sich nunmehr stellt, ist die, ob es zu einer tatsächlichen Substitution dieser naturwüchsigen Form der Geldzirkulation durch eine durch die Zentralbank gesteuerte und beherrschte reflektierte Form kommt⁹, oder ob Letztere nur aufbaut auf der Ersteren als ihrer Grundlage; hierin eingeschlossen ist die Frage nach den Grenzen der Zentralbankpolitik.¹⁰ Mit diesen Problemstellungen nähern wir uns wieder dem gesellschaftstheoretischen Gehalt der Geldtheorie und ihrem paradigmatischen Unterbau, d.h. den Kategorien Wert und gesellschaftliche Arbeit oder, nur andere Formulierung desselben Sachverhalts, dem den Marktverhältnissen unterliegenden dominierenden Produktionsverhältnis in einer gegebenen Gesellschaft bzw. über den Weltmarkt miteinander in Verkehr stehenden Volkswirtschaften und Gesellschaften.

Unsere zentrale These zu diesem Tatbestand ist nach dem Vorstehenden klar: es gibt einen untrennbaren Zusammenhang zwischen

- der gesellschaftlichen Bestimmung der Arbeit,

⁹ Vgl. MEW 24, S. 496: „*Es ist aber wichtig, überall, ... zunächst die metallische Zirkulation in ihrer einfachsten, ursprünglichsten Form vorauszusetzen, weil sich damit Fluß und Rückfluß, Ausgleichung von Bilanzen, kurz, alle Momente, die im Kredit-system als bewusst geregelte Verläufe erscheinen, als unabhängig vom Kreditsystem vorhanden darstellen, die Sache in naturwüchsiger Form erscheint, statt in der späteren reflektierten.*“

¹⁰ Keynes beispielsweise beantwortet diese Frage in der „General Theory“ eindeutig: „*Wenn die Währungsbehörde bereit wäre, in Darlehn von allen Verfallzeiten zu festgesetzten Bedingungen in beiden Richtungen zu handeln, und noch mehr, wenn sie bereit wäre, in Darlehn von verschiedenen Risikoklassen zu handeln, würde die Beziehung zwischen dem Komplex der Zinssätze und der Geldmenge unmittelbar sein. Der Komplex der Zinssätze wäre einfach ein Ausdruck der Bedingungen, zu denen das Banksystem bereit ist, Darlehn zu kaufen und zu verkaufen...*“ (Keynes 1936, S. 172) Eine Ausnahme macht er allerdings für den Fall der sog. Liquiditätsfalle, d.h. für die Situation, in der „*die Vorliebe für Liquidität sozusagen absolut werden kann in dem Sinne, dass fast jedermann Bargeld dem Besitz eines Darlehn zu einem so niedrigen Zinsfuß vorzieht.*“ (Ibid., S. 173) Dies wäre allerdings gleichbedeutend mit einer gravierenden Störung der Kontinuität des Reproduktionsprozesses.

- der Allseitigkeit der Warenform des Produkts auf Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse,
- Ware und Geld als naturwüchsigem Verhältnis,
- einer Ware als letzter Grundlage oder Denominationsbasis¹¹ jeglichen Zeichengeldes, also auch des modernen inkonvertiblen Zentralbankgeldes, welches die Geldware nur idealisiert, aber nicht demonetisiert,
- einer Geldpolitik der Zentralbank, die auf dieser Basis aufbaut und viele reflektierte, d.h. steuernde und kontrollierende Elemente in die Geldzirkulation einfügt, ohne allerdings diese naturwüchsige Basis komplett zu ersetzen und
- der in diesem Kontext zu bestimmenden Grenzen von Geld- und Währungspolitik nationaler Zentralbanken als auch der – existierenden – internationalen Währungsinstitutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank).

Es ist dann auch in dieser Beziehung zwischen der regulativen Zentralbankpolitik und ihrer naturwüchsigen Grundlage begründet, dass indem private Warenbesitzer wie auch Zentralbank das existierende Zeichengeld handhaben und seine Ausgabe steuern sie zugleich die naturwüchsige gesellschaftliche Basis *uno actu stets* aufs Neue reproduzieren. Ist eine Analogie zur Verdeutlichung erlaubt, so steht es hier wie beim Verhältnis zwischen Wertbestimmung im Sinne der Zerfällung von Produktenwert und Wertprodukt in ihre aliquoten Bestandteile konstantes und variables Kapital sowie Mehrwert einerseits und der Preisbildung als Aufsummierung der scheinbar unabhängigen Einkommensformen Lohn, Profit und Rente andererseits – letztere bewusste Operation setzt die erstere als ihr von den Handelnden unbegriffenes Gegenteil durch und reproduziert dadurch zu-

¹¹ Mit dem Begriff der Denomination bezeichnen wir neben der Deklaration von Repräsentativgeld (Münze, Papiergeld verschiedener Art) zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel von Staats wegen seine „Bewertung“ im Sinne der Ausübung seiner Wertmaßfunktion. Jede Art von Repräsentativgeld erhält seine Denomination von der Geldware (Gold), gleichgültig ob es legal konvertibel (für Inländer und/oder für Ausländer) ist oder nicht; inkonvertibles Repräsentativgeld besitzt also ob seiner – ursprünglichen – Denomination durch die Geldware stets eine sogenannte „one-way-convertibility“. Vgl. Marx, Grundrisse, S. 52: „Konvertibilität in Gold oder Silber ist also praktisches Maß des Werts jeden Papiergeldes, das seine Denomination vom Gold und Silber erhält. Das Papier sei legal konvertibel oder nicht.“ Sowie: „Konvertibilität – legal oder nicht – ... bleibt Anforderung an jedes Geld, dessen Titel es zu einem Wertzeichen macht, d.h. es als Quantität einer dritten Ware gleichsetzt.“ (Ibid., S. 53)

gleich die Grundlage für die erneute Entstehung dieser Bewusstseinsformen.

2. Die aktuellen Geldfunktionen des Goldes und die Denomination des Repräsentativgeldes

Die historisch erste Form des Geldes ist die des Weltgeldes, da Tauschhandel und Geld an den Rändern früher Gemeinwesen entstehen und auch kapitalistische Verhältnisse sich zuerst im internationalen Handel ausbilden bevor die Produktion im Innern des Landes ihren Gesetzen unterworfen wird. Als Weltgeld übernimmt das Geld neben seiner Grundfunktion als Maß der Werte die Funktionen des internationalen Kauf- und Zahlungsmittels sowie diejenige als Schatz oder nationale Währungsreserve.¹²

Der historische Prozess der Entwicklung der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise ist in der internationalen Dimension von Anbeginn an nicht nur durch den Gegensatz zwischen den Nationen der industriellen Werkstätten einerseits sowie den lange Zeit auch politisch abhängigen und unselbstständigen Ländern als Rohstofflieferanten andererseits geprägt, sondern darüber hinaus durch politische und ökonomische Über- und Unter- verhältnisse zwischen den industriellen Metropolen selbst. Derartige politische und ökonomische Hegemonialverhältnisse zwischen den kapitalistischen Ökonomien und Ländern wirken prägend für historische Entwicklungsperioden der kapitalistischen Produktionsweise, insofern sie wesentliche institutionelle Bedingungen und regulatorische Verhältnisse konstituieren und damit rückschlagend bestimmend für die Kapitalakkumulation in den einzelnen Ländern werden. Die an der Spitze der internationalen Stufenleiter nationaler Arbeiten stehende Nation wird damit aus dem Hegemon des Weltmarkts zu seinem eigentlichen Demiurgen.

Seit dem Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise im Weltmaßstab, d.h. seit der ‚ersten wirklichen Weltmarktkrise von 1825/26‘ (Marx)

¹² Überhaupt gilt für die Währungsseite im Unterschied zur Seite der reproduktiven Kapitalakkumulation, dass sie ausgehend von den internationalen Verhältnissen zu betrachten ist, da für die Wechselkurse über Arbitragegeschäfte ein internationaler Ausgleichsprozess wirkt, der für reproduktive Tatbestände, selbst für das langfristige Ende der Geldkapitalmärkte und ihren Verwertungsausdruck, den langfristigen Zinssatz, in dieser Form trotz fortschreitender Globalisierung nicht besteht. Eine internationale Durchschnittsprofitrate gibt es nicht, eine Tendenz zur Angleichung nationaler Durchschnittsprofitraten entwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften wird über gänzlich andere Vermittlungsglieder hergestellt. Entsprechendes gilt für (verschiedene Klassen von) Warenpreisen (vgl. Krüger 1986, S. 846 ff.).

haben wir zwei Entwicklungsperioden mit jeweils spezifischen historischen Ausprägungen internationaler Währungszusammenhänge, nationaler Geld- und Kreditwesen, industrieller Akkumulationsregimes, spezifischer Ausprägungen der Nationalstaaten sowie diesen Verhältnissen entsprechender Klassen- und Sozialstrukturen zu registrieren, die Ära Großbritanniens bis zum Ausbruch des I. Weltkriegs sowie die Ära der USA, beginnend nach dem II. Weltkrieg und unangefochten existent bis Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts.¹³ Es liegt in der Natur der Sache, dass die Ablösung einer Hegemonialmacht durch eine andere kein rascher und konfliktloser Prozess ist, sondern längere und z.T. qualvolle Übergangsperioden einschließt. So war der Übergang von Großbritannien als Hegemon und Demiurg des Weltmarkts auf die USA durch immerhin zwei Weltkriege vermittelt und lange von Ungleichzeitigkeiten in der Umhütung verschiedener ökonomischer Bereiche und Überbaustrukturen gekennzeichnet. Was der Ära der USA nachfolgt, wird seit nunmehr rd. 30 Jahren in einem gigantischen Suchprozess ertastet, in den weltgeschichtlich und weltwirtschaftlich so bedeutsame Entwicklungen zu verzeichnen sind wie der Zusammenbruch des um die damalige Sowjetunion errichteten „sozialistischen Weltsystems“, die Zunahme kriegerischer Auseinandersetzungen an vielen Stellen der Peripherie, z.T. mit direkter Beteiligung der USA und anderer westlicher Metropolen als auch das mit dem Schlagwort der Globalisierung bezeichnete Aufkommen neuer Weltmarktteilnehmer, zunächst der sog. „asiatischen Tigerstaaten“, im letzten Jahrzehnt insbesondere der VR China sowie Indien.

Unter den Aspekten von Geld und Währung impliziert das Vorhandensein von kapitalistischen Weltmarktdemiurgen wie auch ihr Fehlen bzw. die verschärfte internationale Konkurrenz mehrerer Metropolen um Hegemonialpositionen jeweils spezifische Ausprägungen insbesondere der Weltgeldformen und -funktionen. So war die Ära Großbritanniens im 19. Jahrhundert durch ein internationales Währungsregime gekennzeichnet, in dem das Pfund Sterling sowie der Wechsel auf London die Funktionen des internationalen Kauf- und Zahlungsmittels bereits weitgehend inne hatten; die physische Versendung von Gold nahm an Bedeutung ab und kam in nennenswertem Umfang vor bei außerordentlichen Zahlungen einzelner Länder z.B. in Folge von Missernten oder in tieferen zyklischen Krisen, wo der Kredit erschüttert wurde. Als ‚Goldstandard‘ wird diese historische

¹³ Vgl. hierzu und zur Datierung der Konjunkturzyklen seit 1825 Krüger 1998, S. 7 und Krüger 2007, S. 113.

Ausprägung des Währungszusammenhangs bezeichnet, weil der Umlauf des jeweiligen nationalen Repräsentativgeldes an bestimmte Deckungsvorschriften durch die Goldreserve der Noten ausgebenden Banken – zunächst mehrerer Privatbanken, schließlich der nationalen Zentralbanken – gebunden war. Die nationale Goldreserve besaß dadurch eine doppelte Funktion als Weltgeldschatz und nationaler Banknotendeckungsfonds, die miteinander immer dann in Konflikt gerieten, wenn im Zuge zyklischer Krisen Goldabfluss ins Ausland statt fand und dadurch der inländische Notenumlauf verringert werden musste, wodurch der Notenbankzins (Diskontsatz) künstlich gesteigert und die Krise verschärft wurde.

So lange ein unveränderliches Deckungsverhältnis zwischen unlaufenden Noten und Goldreserve der Zentralbank bestand, ging der Gestaltungsspielraum der Zentralbank für Geldmenge und Wechselkurs gegen Null. Dies änderte sich jedoch immer dann, wenn in Zeiten der Krise die Deckungsvorschrift für den Notenumlauf, zunächst jeweils nur kurzzeitig, aufgehoben bzw. verändert wurde, ohne dass eine Diskreditierung des Repräsentativgeldes statt fand; war der Goldabfluss vorüber und entspannte sich zyklisch die Situation am (nationalen) Geldmarkt, konnte die ursprüngliche Golddeckung der umlaufenden Noten wieder in Kraft gesetzt werden. Es zeigte sich so, dass in Zeiten, in denen die Golddeckung zur Vermeidung der Diskreditierung des Repräsentativgeldes am ehesten notwendig schien, auf diese verzichtet werden musste, während sie in Zeiten, in denen sie sowieso überflüssig war, restituiert wurde. Während so die Idealisierung des Repräsentativgeldes in der binnenwirtschaftlichen Zirkulation bereits während des sog. Goldstandards praktisch voran getrieben wurde, war der Bezug des Repräsentativgeldes auf Gold als Wertmaß ungebrochen und äußerte sich in einem festen Außenwert der Währungen in Gold (1 nationale Währungseinheit = x Unzen Gold). Jedenfalls blieb dieser Außenwert der Währungen und damit ihr jeweiliger Wechselkurs so lange unverändert, so lange die Währung nicht formell gegenüber der Geldware abgewertet werden musste. Dies kam in nennenswertem Umfang erst im Zusammenhang mit der Kriegsfinanzierung vor, durch die die Golddeckung der Umlaufmittel – hierzu waren auch neue Kreationen, die durch direkten Staatskredit in Umlauf gebracht wurden, zu zählen – gänzlich aufgehoben werden musste. Die dadurch in bestimmten Ländern angestoßenen Hyperinflationen waren aber nicht durch die Suspendierung der Golddeckung der über Wechseldiskont der Zentralbank emittierten Banknoten verursacht, sondern vielmehr durch die Schaffung von einfachen

Wertzeichen als Staatspapiergeld im Zuge der direkten Kreditvergabe der Währungsbehörde an den Staat.

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts ist durch die Re-Etablierung eines modifizierten Goldstandards (sog. Gold-Devisen-Standard) bei den wichtigsten kapitalistischen Währungen gekennzeichnet. Allerdings hatten sich, z.T. durch Entwicklungsprozesse lange vor Ausbruch des I. Weltkriegs, z.T. durch die Kriegshandlungen und den Ausgang des Krieges bedingt, die ökonomischen Positionen der kapitalistischen Metropolen zueinander erheblich verschoben; dies betraf sowohl die internationale Stufenleiter der produktiven Nationalarbeiten als auch den internationalen Kapitalverkehr sowie die Gläubiger-Schuldner-Positionen. Die Rückkehr zu den Vorkriegs-Goldparitäten widersprach nicht nur den durch die Kriegsbedingungen modifizierten Geldsystemen und Warenpreisen, sondern ebenso sehr den durch veränderte internationale Gewichtungen der Nationalarbeit hervor gebrachten Wertverhältnissen und Außenwirtschaftspositionen. Durch Anpassung der Währungsaußenwerte an diese veränderten Bedingungen hätte ein Teil der Währungsturbulenzen und binnenwirtschaftlichen Wohlstandsverluste in einigen Ländern (insbes. Großbritanniens) vermieden werden können. Gleichwohl müssen die diversen Erschütterungen und Krisenprozesse zugleich als Ausdrucksformen einer Neugruppierung internationaler Hegemonieverhältnisse begriffen werden: Großbritannien hatte die industrielle Vorherrschaft endgültig verloren, verteidigte aber die traditionelle Stellung seiner Währung und der Londoner City als internationalem Finanzzentrum, in den USA reifte ökonomisch und sozial eine neue Betriebsweise des Akkumulationsprozesses („Fordismus“) heran und sie waren zur größten Gläubigernation geworden, ohne dass jedoch der US-Dollar bereits den Status der neuen internationalen Transaktions- und Reservewährung übernehmen konnte.

Dies geschah erst mit dem absehbaren Ende des II. Weltkriegs mit der institutionellen Etablierung des Bretton-Woods-Währungssystems fester Wechselkurse und des US-Dollar als alleiniger (ausländer-) konvertiblen Währung gegenüber dem Gold zu einer festen Parität (sog. Gold-Dollar-Standard). Die Deckungsvorschriften für die binnenwirtschaftliche Geldzirkulation waren für alle wichtigen Währungen beseitigt; diese erhielten damit die Bestimmtheit inkonvertibler Zentralbanknoten und die nationalen Notenbanken erhielten innerhalb der durch die fixierten Wechselkurse gesteckten Grenzen neue regulierende Spielräume für ihre Geldpolitik. Zudem war sowohl eine Anpassung der Wechselkurse an veränderte außen-

wirtschaftliche Gegebenheiten der jeweiligen nationalen Wirtschaft möglich als auch die Möglichkeit, über den neu geschaffenen Internationalen Währungsfonds Devisen zum Ausgleich von internationalen Defizitpositionen auf dem Kreditweg zu erhalten. Der Start dieses Bretton-Woods-Währungssystems vollzog sich mit der uneingeschränkten Demiurgenfunktion der USA, die auf Basis der fordistischen Betriebsweise eine Epoche beschleunigter Kapitalakkumulation anstießen sowie unter Bedingungen der politischen Regulierung und Kontrolle grenzüberschreitender Kapitalströme, die allerdings nach uns nach gelockert und aufgelöst wurden.

Der US-Dollar behielt seine ursprüngliche Goldparität von 35 \$ pro Feinunze, eine ökonomische Beziehung, die nach anfänglichen Schwankungen seit Beginn des 50er Jahre des 20. Jahrhunderts auch im „Marktpreis“ des Goldes am Londoner Goldmarkt bestätigt wurde. Die Wechselkurse der anderen wichtigen kapitalistischen Währungen zum US-Dollar wurden z.T. durch trial-and-error, z.T. durch Berechnung von nationalen Kaufkraftparitäten gefunden. Die ersten Veränderungen der bilateralen Wechselkurse zum US-Dollar waren Einjustierungen der politisch festgesetzten Kurse sowie erste Reaktionen auf Verschiebungen innerhalb der Stufenleiter produktiver Nationalarbeiten und ihrer Ausdrucksformen in den Leistungsbilanzen der Länder.

Die wesentliche Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die nach den Gründen für die relative Festigkeit sowohl der meisten Wechselkurse wie des US-Dollar-Außenwerts von 35 \$ je Feinunze Gold. Mehrere Faktoren, die z.T. miteinander zusammen hängen und sich gegenseitig bedingen, z.T. auch nur im Verhältnis zufälliger Koinzidenz zueinander stehen, sind dafür verantwortlich:

- das Ausmaß der Überlegenheit der US-Ökonomie gegenüber ihren kapitalistischen Konkurrenten durch Produktivität ihrer Nationalarbeit und internationaler Gläubigerstellung, schlagend ausgedrückt im Umfang der US-Goldreserve;
- das Ingangkommen einer beschleunigten Kapitalakkumulation in den wichtigsten Metropolen mit hohen Wachstumsraten des Welthandels, der für die meisten Länder, zumindest bei oberflächlicher Betrachtung, win-win-Konstellationen schuf; hinzu kam
- eine rasche Vermehrung der Goldproduktion in Südafrika durch Aufschluss fruchtbarer Minen und hoher Produktivitätssteigerungen, wo-

durch sich der Goldwert etwa im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlich-durchschnittlichen Warenwert in wichtigen Metropolen entwickelte.

Es dauert fast ein Vierteljahrhundert, bis sich die ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Akkumulationsprozesse soweit verdichtet hat, dass bilaterale Wechselkursanpassungen nicht mehr ausreichen, sondern sich die Spekulation auf den mehr und mehr von Devisen- und Kapitalverkehrskontrollen befreiten Finanzmärkten gegen den Anker des Bretton-Woods-Währungssystems, den US-Dollar, richtet und damit in mehreren Schritten seine feste Parität zum Gold sprengt, die die US-Währungsbehörde nicht mehr aufrecht erhalten kann. Es folgt eine bis heute anhaltende Periode währungsmäßiger Instabilitäten mit flexiblen Wechselkursen zwischen den wichtigsten Weltmarktwährungen, die krisenhafte Überakkumulationsphänomene zum Ausdruck bringt und durch eine sich mehr und mehr von realwirtschaftlichen Fundamentalfaktoren lösende Geldakkumulation und Spekulation verstärkt wird. Zugleich ist diese Entwicklung seit Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts – wiederum – eine Periode der Erosion der seinerzeitigen Demiurgenfunktion der USA, ohne dass bislang schon ausgemacht wäre, was an ihre Stelle treten wird.

Unter dem Aspekt der Systematisierung von internationalen Währungsverhältnissen haben wir seit Auflösung des Bretton-Woods-Systems somit einen sowohl durch evolutionäre Entwicklungen als auch von Fall zu Fall krisenhaft erzwungene Fortschreibungen charakterisierten modus vivendi vor uns, der nur in regional-supranationaler Hinsicht wirkliche Höherentwicklungen zustande gebracht hat (z.B. Euro-Zone), ohne allerdings den Gesamtzusammenhang auf dem Weltmarkt substanziell zu verändern. Neben regionalen Transaktions- und Reservewährungen konkurrieren US-Dollar und Euro international um den Status als Weltgeld (-ersatz), ein international geschaffenes Kreditgeld in Form der vom IWF emittierbaren Sonderziehungsrechte¹⁴ hat in den letzten Jahrzehnten seine

¹⁴ Die Sonderziehungsrechte (SZR) wurden ursprünglich ebenfalls durch Gold denominiert, d.h. die Goldparität des US-Dollars vom 1. Juli 1944 (1 SZR = 0,888671 gr Feingold); ihre erste Zuteilung wird ab dem 1. Januar 1970 vorgenommen. Mit den heftigen Fluktuationen des (Dollar-) Goldpreises ab 1976 wurde es notwendig, diese Goldbindung der SZR aufzulösen; da auch eine Bindung an den US-Dollar mittlerweile ausschied, einigte man sich auf eine Bewertung der SZR durch einen Währungskorb von ursprünglich 16 nationalen Währungen. Die Wertentwicklung der SZR bezeichnet also seitdem einen durch die Gewichte und gegenseitigen Auf- und Abwertungen der Korbwährungen definierten Index mit einem festgelegten Ausgangswert.

Bedeutung nicht entscheidend steigern können. Dementsprechend sind wir auch nach wie vor weit von einem neuen internationalen Währungssystem durch substanzielle Fortentwicklung der überkommenen Institutionen IWF und Weltbank sowie der Kreation eines neuen einheitlichen Weltgeldes mit umfassender politischer Regulierung von internationalen Ungleichgewichten entfernt.

Durch welche mit dem Gold zusammenhängende ökonomischen Bestimmtheiten ist dieser modus vivendi des internationalen Währungszusammenhangs gekennzeichnet?

Erstens. Nach wie vor hat das Gold bei nahezu allen wichtigen am Welt- handel und den Finanzmärkten teilnehmenden Ländern seine Rolle als nationale Währungsreserve neben den als internationalen Reservewährungen fungierenden Währungen \$ und € behalten. Daran haben weder die bisherigen Goldauktionen des IWF noch die von verschiedenen Seiten vorgebrachten Verlautbarungen über die fällige endgültige Demonetisierung des Goldes etwas geändert. Gold bleibt nicht nur für die Privaten ein Anker gegenüber verbreiteter ökonomischer Unsicherheit – ablesbar an den kurzfristigen Ausschlägen des Goldpreises im Zusammenhang von wirtschaftlichen und politischen Krisen –, sondern ebenso sehr für die Zentralbanken, die sogar teilweise ihre Goldbestände aufgestockt haben.¹⁵ Allerdings sind in den vergangenen 30 Jahren die nationalen Goldreserven, von den erwähnten Ausnahmen abgesehen, in den Schatzkammern der Zentralbanken immobilisiert worden. Als derart immobilisierter Teil der nationalen Währungsreserve steht der Goldschatz in keiner aktiven Beziehung zum umlaufenden Zentralbankgeld und übernimmt damit nur die Funktion als ultima ratio bei einem Umschlag des Kredit- in das Monetarsystem. Dass ein solcher Umschlag der Möglichkeit nach auch unter heutigen Bedingungen nicht prinzipiell auszuschließen ist, verdankt sich dem kapitalistischen Charakter des Geld- und Währungssystems und den dadurch verursachten strukturellen Instabilitäten der Finanzmärkte.

¹⁵ Auch das Europäische Währungssystem (EWS) greift auf das Gold der Mitgliedsländer als Währungsreserve zurück. Ursprünglich (1978) wurden von den am EWS beteiligten Notenbanken je 20% ihrer Gold- und Dollarreserven für die Anfangsausstattung des ECU (European Currency Unit als Vorläufer des Euro) durch revolvingende Dreimonatsswaps auf den Europäischen Fonds für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (EFWZ) übertragen. Mit der Errichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) zum 1.6.1998 wird die per Swaps durchgeführte vorläufige Übertragung von Währungsreserven zum Jahresende 1998 beendet. An ihre Stelle tritt die Beteiligung der am Euro-System teilnehmenden nationalen Zentralbanken am Kapital der EZB, die zu 15% in Gold und zu 85% in Devisen zu leisten ist.

Zweitens. Es ist politischen Usancen geschuldet, mit welchem „Preis“ die Goldreserven in den Zentralbankbilanzen bewertet werden. Während die Deutsche Bundesbank für die gesamte Zeit ihrer Funktion als nationale Notenbank ihre Goldreserve mit dem ursprünglichen Anschaffungspreis bilanzierte, ist mit dem Übergang der Notenbankfunktion auf die Europäische Zentralbank eine zeitnahe Marktbewertung der Goldbestände der Mitgliedsländer der Euro-Zone durchgesetzt worden. Gleichwohl wird politisch verhindert, dass diese Marktbewertung des Währungsgoldes eine direkte ökonomische Wirkung auf die Eurozirkulation ausüben kann, d.h. eine sich aus dem steigenden „Goldpreis“ ergebende erweiterte binnenwirtschaftliche Zentralbankgeldschöpfung wird nicht ausgeübt.

Drittens. Der mobile Teil der zentralen Währungsreserven sowie die Funktionen des internationalen Kauf- und Zahlungsmittels werden durch die internationalen Leit- und Reservewährungen sowie die den einzelnen Ländern zugeteilten Ziehungs- und Sonderziehungsrechte des IWF dargestellt. Die Devisenreserven, insbesondere \$ und €, nachgeordnet ¥ und £, fungieren als Zahlungsmittel zwischen den nationalen Geschäftsbankensystemen. Jeweilige Salden der nationalen Devisenbilanzen verändern die Wechselkurse und affizieren die binnenwirtschaftliche Geldmenge, wenn die Zentralbank direkte Intervention an den Devisenmärkten vornimmt, um die Wechselkursveränderungen zu begrenzen oder zu kompensieren. Im Umfang des An- oder Verkaufs ausländischer Währungen findet binnenwirtschaftliche Zentralbankgeldschöpfung oder -vernichtung statt.

Es zeigt sich somit, dass die prinzipiellen Spielräume der Zentralbank in Richtung Geld- resp. Zinspolitik und Wechselkurspolitik, verglichen mit den früheren Ausprägungen des internationalen Währungszusammenhangs, am größten sind unter den Bedingungen des *modus vivendi* flexibler Wechselkurse.

Zum einen widersprechen starre, d.h. über längere Zeiträume feste Beziehungen zwischen an und für sich veränderlichen ökonomischen Größen dem dynamischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise, die auch im Hinblick auf Geld und Währung kein fester Kristall ist, sondern ein höchst wandlungsfähiger Zusammenhang. Genau so wenig, wie die Bindung des nationalen Geldumlaufs an eine feste Deckung durch Gold dem Bedarf der Geldzirkulation funktional war, genau so wenig entsprechen feste Goldparitäten nationaler Währungen oder fixe Wechselkurse dem Bedürfnis des ökonomischen Verkehrs. Es sind stets nur außerordentliche Bedingungen oder zufällige Koinzidenzen in der Entwicklung an und

für sich unabhängiger ökonomischer Größen, die derartige feste Relationen für längere Zeiträume ermöglicht haben; fielen diese Bedingungen fort oder entwickelten sich die in Beziehung gesetzten ökonomischen Größen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, war jedes Mal die Anpassung der Paritäten notwendig oder überhaupt die Suspendierung der fixen Beziehung unabdingbar.

Zum anderen verlangt jedoch die störungsfreie Reproduktion der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse eine weitgehende Konstanz aufseiten des Geldes, sowohl im Hinblick auf seine Wechselkurse gegenüber anderen Währungen, als auch und noch viel mehr im Hinblick auf die binnenwirtschaftliche Kaufkraft einer Geldeinheit für seine Funktionen als Wertmaß sowie als Zirkulations- und Zahlungsmittel. Mit der Orientierung der Geldpolitik der Zentralbank auf die binnenwirtschaftliche Stabilität des Geldwerts im Sinne der Kaufkraft und der Schuldverhältnisse, wird die Absicherung im Außenwirtschaftsverkehr mehr und mehr zum Privatgeschäft der Im- und Exporteure sowie der Anleger, was durch Kurssicherungsgeschäfte bewerkstelligt werden soll. Die außenwirtschaftliche Rücksichtnahme der Geldpolitik der Zentralbank wird relativiert und ihre Aktion auf die Steuerung der binnenwirtschaftlichen Geldmenge durch ihre Kreditpolitik mit dem Geschäftsbankensystem fokussiert. Damit verselbstständigen sich zugleich Warenpreise und Wechselkurse von ihrer ursprünglichen goldenen Unterlage, d.h. der Entwicklung des Goldwerts.

Für die Denomination des modernen inkonvertiblen Repräsentativgeldes, d.h. die Herstellung seiner Wertmaßfunktion bedeutet dies: ein ursprünglich direkter oder über den Umweg des Wechselkurses zum US-Dollar bestimmter Außenwert einer beliebigen (ausländer-) konvertiblen Währung in Gold bleibt zum einen zwar Ursprung und Ausgangspunkt der Denomination des Repräsentativgeldes. Nur im extremen Fall eines Umschlages des (internationalen) Kredit- in das Monetarsystem würde ein zu diesem Zeitpunkt marktbestimmter Außenwert der Währungen, also ihre Goldparität jedoch wieder direkt preis- und wechselkursbestimmende Wirkung entfalten. Solange dies nicht eingefordert wird, entfalten die durch Zentralbankpolitik bestimmten Währungs- und Geldverhältnisse ihr Eigenleben, verselbstständigen sich gegenüber Wert- und Marktpreisentwicklung des Goldes und sichern gerade dadurch – und solange – die Kontinuität der Reproduktion, indem sie erratische Bewegungen aufseiten der Geldseite ausschalten. Diese Verselbstständigung haben wir das „lose Ende“ des Deno-

minationsprozesses des inkonvertiblen Repräsentativgeldes durch die Geldware Gold genannt.¹⁶

Unsere zentrale These lautet also zusammenfassend: Eine komplette Demonetisierung der Geldware Gold ist unter kapitalistischen Bedingungen nicht zu haben; dies würde letztendlich ineins fallen mit der Überwindung kapitalistischer Verhältnisse auf dem Weltmarkt und im Innern der Länder.¹⁷ Allerdings bringen es die modernen Ausgestaltungen der Geld-, Kredit- und Bankensysteme sowie die vorhandenen internationalen Steuerungsinstitutionen (IWF, Weltbank nebst internationalen Abkommen und Behörden) dazu, den Einfluss der Wertentwicklung der Geldware Gold auf Preise und Wechselkurse im normalen Gang der Verhältnisse weitgehend auszuschließen und durch eine reflektierte Geldzirkulation zu ersetzen, die dem Prinzip der möglichsten Konstanz der Kaufkraft einer nationalen Währungseinheit im Zeitablauf verpflichtet ist. Teuerungsrate der Warenpreise und Repräsentationsverhältnis des Geldes gegenüber der Geldware verselbständigen sich gegeneinander und die Determination des letzteren gegenüber Warenpreisen und Wechselkursen wird im kontinuierlichen Gang der Kapitalakkumulation außer Kraft gesetzt. Hierin besteht die weitgehende Idealisierung des Goldes als Geld.¹⁸

3. Transmission des Außenwerts in den Binnenwert des Geldes

Das moderne kapitalistische Repräsentativgeld hat sich historisch aus der Form der Banknote entwickelt und mit dem Übergang des Notenausgabemonopols auf die staatliche Zentralbank oder Währungsbehörde und der dadurch erreichten Vereinheitlichung der Umlaufmittel in der inländischen

¹⁶ Vgl. Krüger 2007, S. 33 ff.

¹⁷ Dies ganz im Sinne von Marx: „*Es muß aber nie vergessen werden, daß erstens das Geld – in der Form der edlen Metalle – die Unterlage bleibt, wovon das Kreditsystem der Natur der Sache nach nie loskommen kann. Zweitens, daß das Kreditsystem das Monopol der gesellschaftlichen Produktionsmittel (in der Form von Kapital und Grundeigentum) in den Händen von Privaten zur Voraussetzung hat, daß es selbst einerseits eine immanente Form der kapitalistischen Produktionsweise ist und andererseits eine treibende Kraft ihrer Entwicklung zu ihrer höchst- und letztmöglichen Form.*“

¹⁸ Hinter der terminologischen Differenz zwischen Demonetisierung und Idealisierung der Geldware verbirgt sich also ein grundlegender paradigmatischer Unterschied. Eine marxistische politische Ökonomie des Geldes hätte im weiteren genauer die Grenzen der Idealisierung der Geldware anzugeben, sowohl im Hinblick auf die Möglichkeiten der Zentralbankpolitik als auch im Hinblick auf Grenzen des Managements von Kredit- und Währungskrisen durch den IWF und kooperierende nationale Zentralbanken.

Zirkulation eine Verschmelzung mit dem Staatspapiergeld mit Zwangskurs als Wertzeichen vollzogen. Das heutige Zentralbankgeld ist seinem Charakter nach eine spezifische Symbiose von Wertzeichen und Kreditgeld; in seiner Zirkulation reproduzieren sich für einen Teil die Gesetze der Wertzeichenzirkulation, für den anderen Teil das Reflexgesetz der Kreditgeldzirkulation. Als Wertzeichen tritt das Zentralbankgeld in die Zirkulation, wenn die nationale Devisenbilanz – Gegenbuchung aller Zahlungsbilanztransaktionen – einen positiven Saldo aufweist, die zentrale Währungsreserve also zugenommen hat und die Zentralbank im Umfang dieser Zunahme der Währungsreserve Zusatzliquidität für die nationale Geldzirkulation geschaffen und bereitgestellt hat. Diese Zusatzliquidität bleibt so lange in der Zirkulation, so lange die nationale Devisenbilanz keine Saldenumkehr erfährt, die zu einer Verminderung der zentralen Währungsreserven und Entzug von Zentralbankgeld in der Binnenzirkulation führt. Gegenüber diesem Bestandteil der Zentralbankgeldmenge liegt der Schwerpunkt der geldpolitischen Intervention auf dem anderen Teil, der vermittelt durch die Kreditgeschäfte der Zentralbank mit dem Geschäftsbankensystem entsteht. Da jede so geschaffene Zentralbanknote nach Ablauf des – in der Regel kurzfristigen Kredits – wieder zum Ausgangspunkt zurückkehrt (Reflexgesetz), besteht dieser Teil der Zentralbankgeldmenge aus einem beständig revolvingierenden Fonds.

Dieses durch diese beiden Methoden geschaffene Zentralbankgeld wird als Bargeld durch das (geschäfts-) bankvermittelte Verrechnungssystem ökonomisiert und durch Bankdepositen ersetzbar. Letztere entstehen bei Kreditvergaben der Geschäftsbanken an die „Nichtbanken“ und erscheinen dem oberflächlichen Betrachter als sekundäre Geldschöpfung; in Wahrheit handelt es sich jedoch um eine kreditvermittelte Ersetzung des Bargeldumlaufs durch Buchgeld. Die binnenwirtschaftliche Geldmenge M wird somit gebildet aus Zentralbankgeld ZBG , bestehend aus Wertzeichen ZBG_{WZ} und Kreditgeld ZBG_{KG} sowie Bankdepositen BDS im Sinne von Sichteinlagen und kurzfristigen Termingeldern, die als suspendierte „Münze“ Schwankungen der Geldzirkulation ausgleichen.

Die Kausalkette des Denominationsprozesses dieser verschiedenen Geldmengenbestandteile ergibt sich nach dem Vorangegangenen folgendermaßen:

- Ursprünglicher Ausgangspunkt ist der Außenwert der nationalen Währung in Gold, direkt für den US-Dollar als traditionelle Fakturawährung

für die Geldware Gold am internationalen Goldmarkt in London gegeben, indirekt für die anderen ausländerkonvertiblen Währungen über den Umweg ihres bilateralen Wechselkurses zum US-\$ bestimmt.

- Veränderungen der nationalen Währungsreserve durch Goldverkäufe oder -ankäufe, veränderte Bewertungen des Goldes, die zirkulationswirksam werden sowie Variationen der zentralen Devisenreserven verändern den Umfang von ZBG_{WZ} in der binnenwirtschaftlichen Zirkulation und denominieren an der Schnittstelle zwischen Devisen und nationaler Währung im Wechselkurs das Repräsentativgeld, d.h. setzen es als quantitativ bestimmtes Wertmaß beständig neu fest.
- Mit der Denomination von ZBG_{WZ} ist zugleich der andere Teil der Zentralbankgeldmenge ZBG_{KG} qualitativ als Geld überhaupt und quantitativ als Wertmaß denominiert, d.h. der Unterschied zwischen ZBG_{WZ} und ZBG_{KG} reproduziert sich als Abhängigkeitsverhältnis im Denominationsprozess, da Kreditgeld der Natur der Sache nach nicht für sich selbst Wert messen kann, sondern nur, wenn es in Bezug gesetzt wird zu einem Wertzeichen, welches als Repräsentant von Weltgeld fungiert.
- Dementsprechend stehen die Bankdepositen am Ende der Denominationskette, da sie bloße Substituten des – bereits denominierten – Bargeldes sind.

Die solcherart denominierte Geldmenge M steht nunmehr der in einer Periode zu realisierenden Warenpreissumme $\sum WP$ gegenüber; die Grundgleichung des Geldes ist somit:

$$\sum WP = M \times v = (ZBG_{WZ} + ZBG_{KG} + BDS) \times v$$

mit v als zusammenfassendem Ausdruck für die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, ihrerseits bestimmt durch den Kapitalumschlag sowie nationale Usancen (Zahlungssitten). Der Unterschied zu der auf I. Fisher zurückgehenden Verkehrsgleichung springt in die Augen und drückt den Umstand aus, dass auf der linken Seite eine preisbestimmte Warensuppe steht und nicht ein „Realprodukt“, das durch seinen Kontakt mit Geld eine Bewertung im Sinne eines gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus erfährt. Dies bedeutet zugleich, dass die primäre Determination in dieser Gleichung von links nach rechts verläuft: die preisbestimmte Warensuppe bestimmt die Geldmenge, die unter Einschluss der Umlaufgeschwindigkeit zu ihrer Zirkulation benötigt wird. Diese Determinationsrichtung ist bei den funktio-

nellen Geldmengenbestandteilen ZBG_{KG} und BDS auch von ihren Zirkulationsgesetzen gegeben: beide Bestandteile werden ins Leben gerufen durch Nachfragen des Publikums, d.h. durch reproduktive i.S.v. nicht-monetären Faktoren. Auch wenn unter heutigen Bedingungen die Basis von ZBG_{KG} nicht mehr die Zirkulation von Handelswechseln (sog. „warengedecktes Geld“) ist, sind immanente Anpassungsmechanismen der Geldmenge an die Wareseite über die Kurzfristigkeit des Kreditverhältnisses bei der Geldentstehung wirksam.¹⁹ Für die auf der Grundlage von Zentralbankgeld „geschaffenen“ Bankdepositen, die den Bargeldumlauf ökonomisieren, versteht sich dies von selbst.

Anders ist dies bei ZBG_{WZ} . Von seinem Zirkulationsgesetz her gibt es für Wertzeichen keine endogene Anpassung an die Wareseite, sondern den Verbleib des Geldes als jederzeit aktivierbare Kaufkraft in der Zirkulation so lange, bis durch exogene, d.h. nicht mit der binnenwirtschaftlichen Geldzirkulation zusammenhängende Faktoren eine Geldvernichtung stattfindet. Insofern konstituiert die Zentralbankgeldmenge ZBG_{WZ} von ihren Zirkulationsgesetzen her der Möglichkeit einer Rückwirkung der Geldmenge von rechts nach links auf die Preise der Waren.²⁰

Dieser auf die verschiedenen ökonomischen Formbestimmungen eines einheitlichen Umlaufmittels zurückgehende Unterschied bleibt trotz aller im Lauf der Zeit durchgesetzten Perfektionierung der Geldpolitik der Zentralbank wesentlich für ihre Aktions- und Steuerungsspielräume. Da sie die geldpolitische Steuerung vor allem via Kredit- und Zinspolitik durchführt, d.h. über die Bedingungen der Bereitstellung von ZBG_{KG} gegenüber dem Geschäftsbankensystem auf die zirkulierende Menge dieses Bestandteils der Zentralbankgeldmenge Einfluss nimmt, hat sie in erster Linie etwaige unerwünschte, d.h. im Hinblick auf das Oberziel der Kontrolle der Kauf-

¹⁹ In den Anfängen der geldtheoretischen Diskussionen spielte die Frage, ob das Kreditgeld durch Waren, d.h. wirkliche Werte gedeckt ist, eine große Rolle (vgl. Fullarton 1845/1979). Dies fand seinen Niederschlag in den Anforderungen für die Wechsel, die durch die Zentralbanken diskontierungsfähig waren (sog. „gute Handelswechsel“). Mittlerweile, d.h. in der Welt des Euro und der Europäischen Zentralbank ist der Rediskont kein Refinanzierungsmittel für das Geschäftsbankensystem mehr; an die Stelle sind die Offenmarktgeschäfte getreten. Für diese ist aber typisch, dass sie auf kurzen Laufzeiten beruhen: Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf wöchentlicher, längerfristige Refinanzierungsgeschäfte auf dreimonatiger Laufzeit.

²⁰ Diese Rückwirkung „von rechts nach links“ kann als der rationelle Kern der Quantitätstheorie des Repräsentativgeldes bezeichnet werden; es versteht sich, dass hiermit kein enger oder gar proportionaler Zusammenhang zwischen Geldmengen- und Preis(niveau)steigerung, sondern nur die prinzipielle Möglichkeit der Rückwirkung von Geldmengenvariationen auf die Preise ausgedrückt wird.

kraft einer Währungseinheit dysfunktionale Geldschöpfungsprozesse durch die Wertzeichenzirkulation zu konterkarieren: Eine derartige Sterilisierungspolitik durch Verminderung von ZBG_{KG} durch Verteuerung der Geldbeschaffungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken ist das durchgängige und hauptsächlich geldpolitische Interventionsmuster, mit dem das allgemeine Preisniveau erhöhende Geldmengenausweitungen entgegengewirkt werden.

Mit dem Aufweis der Wechselwirkung der beiden Seiten der Geldgleichung aufeinander als Wechselwirkung ungleicher Kräfte ist der Außenwert der Währung unter Vermittlung der Geldpolitik der Zentralbank in den Binnenwert der Geldmenge transformiert. Der durch das Wertgesetz regulierte naturwüchsige Unterbau der Geldzirkulation reproduziert sich in den marktbestimmten Grenzen der Geldpolitik der Zentralbank, die sich nach allen Seiten als zwar mächtiger, dennoch durch Kapitalakkumulation und Geldzirkulation in ihrer Steuerungspotenz begrenzter „Spieler“ erweist. Dies soll nachfolgend am Beispiel der bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung illustriert werden.

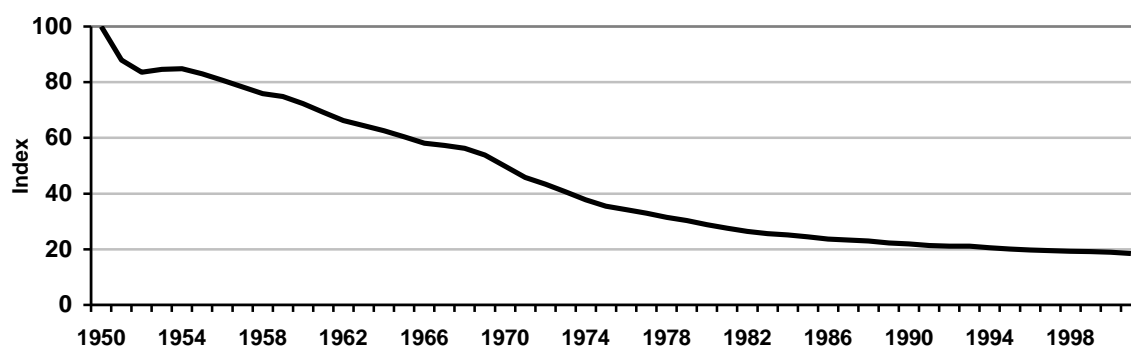
4. Geldpolitik der Zentralbank (am Beispiel der Deutschen Bundesbank)

Im Fokus der Geldpolitik der Zentralbank steht die Gewährleistung der Kaufkraft einer Geldeinheit, was in der Praxis übersetzt wird als Vermeidung von allgemeinem Preisverfall (Deflation) einerseits und Kontrolle der Teuerungsrate der Waren in einem Korridor zwischen Null und 1,5 bis 2% p.a.²¹ im zeitlichen Durchschnitt des Auf und Ab der Marktpreise innerhalb des Konjunkturzyklus andererseits. Mit der Formulierung einer positiven Preissteigerungsrate als geldpolitisches Ziel wird dem Umstand Rechnung getragen, dass ein allgemeiner Preisrückgang während eines zyklischen Abschwungsprozesses denselben verlängert und vertieft, da die Erwartung fortgesetzt sinkender Warenpreise Nachfragezurückhaltung bei zeitlich aufschiebbaren Kaufakten bewirkt und Schuldner zusätzliche Rückzahlungslasten für ihre Kredite aufbürdet und daher die Kreditnachfrage restringiert. Eine positive Preissteigerungs- oder Teuerungsrate wirkt um-

²¹ Ob eine feste oder von Jahr zu Jahr entsprechend den konkreten konjunkturellen, außenwirtschaftlichen etc. geschuldeten Bedingungen differierende Preissteigerungsrate als geldpolitisches Ziel formuliert wird, ist unterschiedlich und unterscheidet verschiedene geldpolitische Strategien und ihre theoretisch-paradigmatische Begründung. Eine Preissteigerungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindexes (HVPI) von unter 2% p.a. ist z.B. das geldpolitische Ziel der EZB, wodurch sie sich als Anhänger einer monetaristischen theoretischen Fundierung ausweist.

gekehrt als Schmiermittel der Akkumulation, weil sie einen Sog-Effekt der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gegenüber dem Angebot impliziert und damit konjunkturelle Abschwünge abmildert. Umgekehrt hat die Zentralbank jedoch darauf zu achten, dass dieser Nachfragesog nicht in eine Preis-Lohn-Preis-Spirale umschlägt und in Phasen der Hochkonjunktur die Stabilität der nationalen Währung untergräbt. Die Kontrolle des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus zwischen deflationärem Preisverfall und galoppierender Geldentwertung, jeweils in Abhängigkeit vom zyklischen Verlauf der Kapitalakkumulation und der durch sie bestimmten Zinsentwicklung sowie der Außenwirtschaftsposition und der Wechselkursentwicklung – und ihrerseits auf diese Variablen zurückwirkend – ist ein von der Geldpolitik zu beherrschender schwieriger Balanceakt.

Abbildung 1: Kaufkraftentwicklung einer D-Mark-Währungseinheit nach BSP-Preisindex; 1950=100



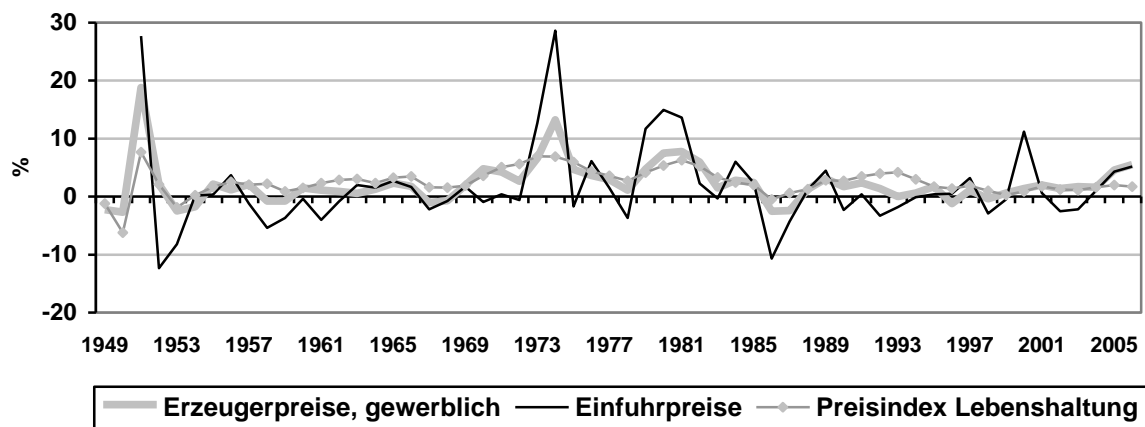
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Im Resultat einer mehr als 50-jährigen Entwicklung nimmt sich das Ergebnis für eine der stabilsten Währungen der Welt, der D-Mark, durchaus bescheiden aus. Die deutsche Geldeinheit hat in dieser Zeitperiode seit der Währungsreform von 1948 mehr als 80 vH ihrer binnenwirtschaftlichen Kaufkraft verloren. Auf verschiedene Entwicklungsphasen entfielen dabei allerdings unterschiedlich hohe Kaufkraftverluste, so ein erheblicher Teil bereits Anfang der 50er Jahre im Zuge einer „importierten Inflation“ durch anfängliche Zahlungsbilanzdefizite und im Gefolge der internationalen Spekulationswelle des Korea-Krieges, sodann Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre im Rahmen der Turbulenzen des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Währungssystems und der nachfolgenden Periode der sog. „Stagflation“, deren Geldentwertungskomponente erst durch die zyklische Krise 1980-82 gebrochen wurde. Seitdem bewegt sich der jährliche Kaufkraftver-

lust der deutschen Währung auf einem geringeren Niveau, das mit der anhaltenden Nachfrageschwäche im Rahmen der strukturellen Uberakkumulationssituation sowie einer in tendenziell allen industriellen Metropolen durchgesetzten strikteren Geldpolitik zu erklären ist.

Damit zeigen sich weitere Rahmenbedingungen, auf die die Geldpolitik der Zentralbank nur reagieren kann, die sie aber keineswegs in nennenswerter Weise kontrolliert. Insbesondere kommt als exogener Faktor, der für die Bewegung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus einen wesentlichen Einfluss ausübt, die Entwicklung der Einfuhrpreise hinzu. Handelt es sich bei den Einfuhrgutern großenteils um Grundstoffe für die materielle Produktion, übertragen sich die Bewegungen der Einfuhrpreise auf die nachgelagerten Produktionsstufen, in deren Produktionsprozesse diese Produkte als Elemente des konstanten Kapitals eingehen. Preisbewegungen der sachlichen Elemente des zirkulierenden konstanten Kapitals schlagen sich in gleichsinnigen Bewegungen der Produktpreise nieder und sind ein Faktor, der durch binnenwirtschaftliche Produktivitatsentwicklungen nur langfristig beeinflusst werden kann. Ähnlich gelagert ist der Einfluss administrierter Preise und Gebühren/Steuern von öffentlichen Stellen; auch diese auf das Preisniveau wirkenden Faktoren kann die Geldpolitik nur versuchen ex post zu ‚verarbeiten‘.

Abbildung 2: Verschiedene Preisindizes; jeweils in % gg. Vj.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Einfuhrpreise erweisen sich als mitverantwortlich für die Preishausse 1950 sowie ursächlich für die Ausschläge 1973 und 1980/81, die die beiden Olpreisrevolutionen dieser Jahre bezeichnen; auch der Anstieg 2005/06 geht wesentlich auf einen Preisanstieg des Rohöls zurück. Die Verteuerung der Importgüter pflanzt sich über die gewerblichen Erzeuger-

preise bis für die Konsumwaren der privaten Haushalte fort. Demgegenüber beruht der von der Übernahme des DDR-Binnenmarktes ausgelöste Importsog im Jahr 2000, der im wesentlichen Lieferengpässe der binnenwirtschaftlichen Produktion ausgleicht, auf einem anderen Produkt-Mix der Importwaren. Die heftigen Ausschläge der Veränderungsrate der Importpreise nach unten sind statistische Basiseffekte auf kurzzeitige Preisspitzen bzw., bei länger andauernden Rückgängen, Ergebnis konjunktureller Abschwünge, in denen die heimische Nachfrage nach Auslandsprodukten regelmäßig deutlich zurückgeht. Allgemein kann festgehalten werden, dass von den erwähnten Ausnahmen abgesehen, der vorliegend erfasste Zeitabschnitt durch eine teilweise hinter den binnenwirtschaftlichen Preisen zurückbleibende Preisentwicklung von importierten Grundstoffprodukten gekennzeichnet ist, die die binnenwirtschaftliche Kapitalakkumulation durchgängig befördert und zur Stabilität der deutschen Währung bis zur Verbraucherseite beigetragen hat.

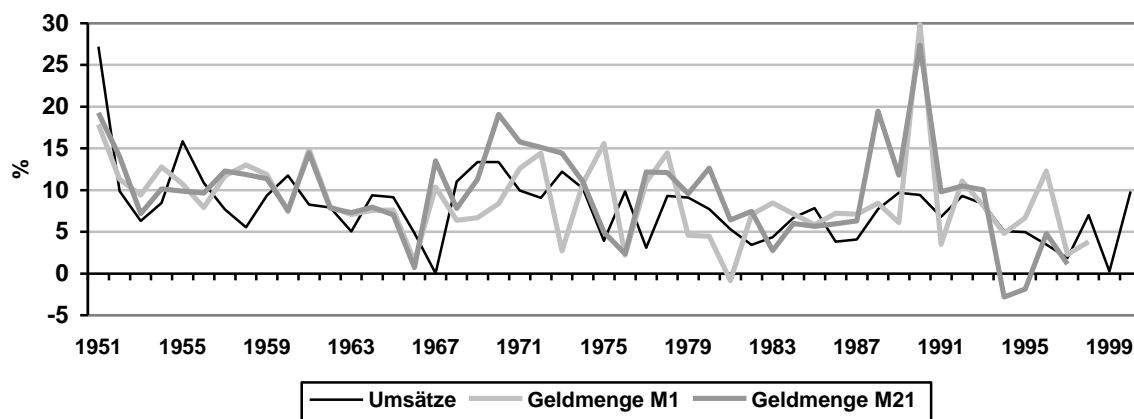
Die Preissteigerungsraten folgen den Ebbe- und Flutperioden des Konjunkturzyklus. Die Entwicklung der gewerblichen Erzeugerpreise weist dabei bis Ende der 60er Jahre in den konjunkturellen Abschwungsphasen – mit Ausnahme 1962/63 – eine negative Veränderungsrate auf, d.h. es findet Preissenkung statt. Demzufolge ist die zyklendurchschnittliche Veränderungsrate der Erzeugerpreise im Zielkorridor der Geldpolitik mit bis zu +1,5% p.a. Mit dem V. Nachkriegszyklus steigt diese zyklendurchschnittliche Preissteigerungsrate auf 2,6 % p.a. an und erreicht im VI. Zyklus mit 6,8 % p.a. einen Höchstwert. Neben dem Einfluss der Importpreise, der allerdings auf das Jahr 1973 beschränkt ist, ergibt sich im VI. und auch im folgenden VII. Zyklus (bis 1982) aus dem Zusammentreffen von beginnender Überakkumulation von Kapital und beschleunigter Geldkapitalakkumulation, starker Expansion des öffentlichen Kredits und internationaler Verwerfungen im Zahlungsbilanzgefüge das bis dato unbekannte Phänomen einer „Stagflation“, d.h. das gleichzeitige Auftreten von stagnativen Tendenzen der Gesamtproduktion sowie nomineller Aufblähung des Preisausdrucks ihres Produkts. Erst mit dem zyklischen Abschwung 1980-82 und dem Umschalten der Geldpolitik auf Restriktionskurs wird die hohe Preissteigerungsrate gebrochen – allerdings um den Preis einer geldpolitischen Verstärkung der stagnativen Akkumulationsentwicklung. Diese Entwicklung hält bis heute, in den einzelnen kapitalistischen Metropolen unterschiedlich stark ausgeprägt, an. Die Rückführung der hohen Preissteigerungsrate wurde als Sieg des wirtschaftspolitischen

Paradigmas des Monetarismus gegenüber dem fiskalistischen Keynesianismus gefeiert.

Preissumme und Geldmenge stehen in einem Verhältnis der Wechselwirkung, allerdings, wie oben gezeigt, einer Wechselwirkung ungleicher Kräfte. Ausgangspunkt ist die innerhalb einer Periode (1 Jahr) auf den Märkten zu realisierende Preissumme. Hierbei handelt es sich nicht nur um die Waren auf den Warenmärkten (inkl. Umsätze des Handelskapitals), sondern ebenso um den Kauf/Verkauf der Arbeitskraft auf dem gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt sowie die Umsatzsumme von Wertpapieren, die an den Finanzmärkten gehandelt werden (Börsenumsätze). Das Geld funktioniert neben seiner Funktion als Wertmaß als Zirkulations-, Zahlungsmittel und Schatz i.S. der suspendierten „Münze“. Demzufolge enthält die entsprechende Geldmengenabgrenzung Bargeld (Scheidemünze sowie Zentralbanknoten) und jederzeit fällige Sichtdepositen – Abgrenzung M1 – bzw., mit gewisser Berücksichtigung des Motivs der liquiditätspräferenzorientierten Bargeldhaltung, zusätzlich kurzfristige Termingelder (bis 3 Monate bzw. bis 3 Monate kündbar) – Abgrenzung M21 –; damit ist zugleich die Abgrenzung zum Geldkapital und seinen Anlageformen vollzogen. Das Verbindungsglied zwischen Preissumme und Geldmenge ist die Geldumlaufgeschwindigkeit v , die auf der Geschwindigkeit des Kapitalumschlags aufbaut und nationale Spezifika und Usancen des Geld- und Bankensystems, z.B. das Verhältnis zwischen Barzahlung und Zahlung mittels Mobilisierung der Bankdepositen, zum Ausdruck bringt.

Die vorliegend betrachtbare Zeitspanne für den Zusammenhang zwischen Umsätzen auf den gesamtwirtschaftlichen Märkten und verschiedenen Geldmengenaggregaten endet mit dem Beginn der Europäischen Währungsunion i. S. des Übergangs der Verantwortung der Geldpolitik an die Europäische Zentralbank (EZB) zum 1. Januar 1999 (3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion). Von diesem Zeitpunkt an gibt es keine nationalen Geldmengenaggregate als reelle ökonomische Größen mehr, sondern nur noch eine in Euro denominierte Geldmenge der am Europäischen Währungssystem teilnehmenden Staaten (Euro-Zone).

Abbildung 3: Preissumme und Geldmenge, jeweils in % gg. Vj.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

Die vorliegend erfassten Marktumsätze folgen dem Auf und Ab des Konjunkturzyklus. Ein nennenswerter Einfluss der Finanzmärkte über die Börsenumsätze ist erst mit Beginn des VIII. Nachkriegszyklus 1983 zu verzeichnen; bis zum Ende der Börsenhausse im Jahr 2000 haben die Wertpapierumsätze bis zu 30 vH des Gesamtumsatzes ausgemacht und waren daher ein für die deutsche Geldpolitik bis dato unbekannter und eigenständig bestimmter Einflussfaktor.²² Die Geldmenge in der engen Abgrenzung M1 folgt den Marktumsätzen, oftmals mit einem time-lag von 1 Jahr in zyklischen Abschwungsphasen. Dies bedeutet, dass mit sich verlangsamendem Kapitalumschlag, daher auch verlangsamtem Geldumlauf während des Abschwungs die Geldmenge relativ überzählig wird und in der Zirkulation verbleibende Kaufkraft einem Preisverfall an den Warenmärkten entgegenwirkt. Die Bundesbank verzichtet auf die Abschöpfung der Liquidität der Geschäftsbanken und wirkt so stabilisierend auf die Konjunktur ein, deren unterer Wendepunkt daher auf einem höheren Niveau durchlaufen werden kann. Erst in der erneuten Belebungsphase des nachfolgenden Zyklus, nachdem Kapitalumschlag und Geldumlauf wieder rascheren Schritt gehen, erreicht das Geldmengenaggregat das zyklische Minimum; dies ist im III., IV. V. und VI. Zyklus der Fall.

Nachdem bereits Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre im Zusammenhang mit den Spekulationswellen gegen die festen Wechselkurse des Bretton-Woods-Währungssystems die Geldmenge zeitweilig die engere

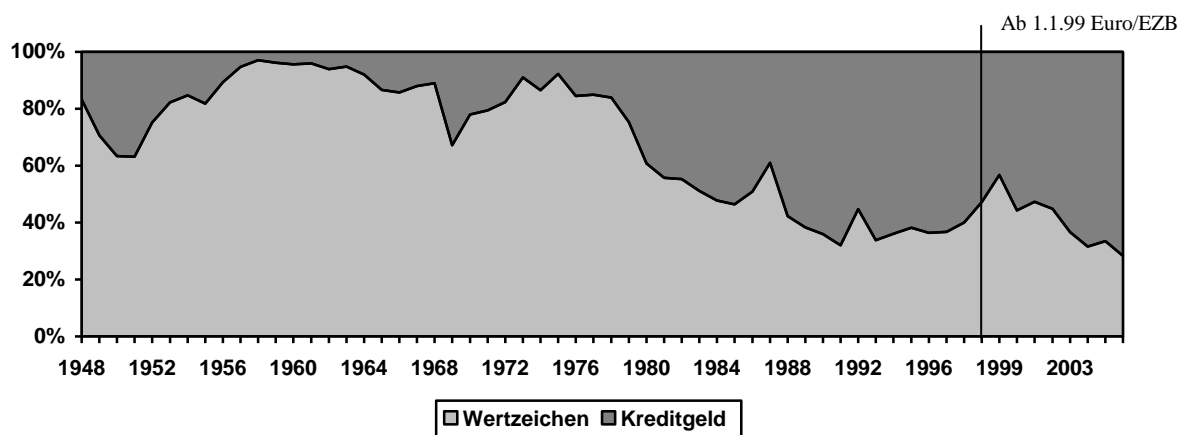
²² Erst ab diesem VIII. Nachkriegszyklus wäre das, was Keynes als „Spekulationskasse“ bezeichnet, auch empirisch genauer im Hinblick des Einflusses auf Zinssätze und Geldmenge(nabgrenzung) genauer zu untersuchen; davon sehen wir jedoch vorliegend ab; vgl. in bezug auf die Zinsentwicklung als erste Näherung: Krüger 2008.

Führung mit der Bewegung der Umsätze verloren hatte – sichtbar namentlich am Zuwachs der Geldmenge inkl. der Termingelder, wodurch eine leicht erhöhte Liquiditätspräferenz dokumentiert wird – wiederholt sich dieser Umstand ab dem VII. Zyklus erneut, z.T. auf höheren Niveaus. Zusätzlich kommen Sondereffekte hinzu wie die Währungsunion mit der DDR, die 1990 zu einer drastischen Ausweitung der Geldmenge führt. Ab den 90er Jahren büßen allerdings Termingelder ihre Funktion, für kürzere Zeitfristen eine liquide Anlageform zu sein, gegenüber alternativen Geldsurrogaten mit z.T. höheren Zinsansprüchen zu einem Gutteil ein. Damit verschiebt sich die Abgrenzung zwischen Geld und Anlageformen von Geldkapital, so dass für die Folgezeit eine alternative Geldmengenabgrenzung zugrunde zu legen wäre.

Vorliegend interessiert jedoch hauptsächlich die Identifikation der entwickelten allgemeinen Formbestimmungen des Geldes und die Herausarbeitung von ökonomischen Wirkungszusammenhängen innerhalb der oberflächlichen Erscheinungsformen. Die Unterscheidung innerhalb des Zentralbankgeldes zwischen Wertzeichen und Kreditgeld, d.h. die Differenzierung der gesamten Zentralbankgeldmenge nach deren beiden Zirkulationsgesetzen lässt sich anhand der jeweiligen Eintrittsbedingungen des Bargeldes ermitteln. In der Bundesrepublik dominiert für eine lange Periode nach der Währungsreform 1948 die Zentralbankgeldschöpfung via (Neu-) Aufbau einer nationalen Währungsreserve sowie im Gefolge von Devisenmarktinterventionen der Bundesbank, die sie zur Verteidigung des D-Mark-Wechselkurses bei durchgängigen Aufwertungstendenzen im Gefolge anhaltender Leistungsbilanzüberschüsse durchzuführen hat. Erst im Verlauf des VII. Zyklus beginnt sich das Verhältnis zwischen Wertzeichen- und Kreditgeldzirkulation zugunsten der letzteren zu verschieben. Am Ende der D-Mark-Ära 1999 bzw. mit Einführung des Euro-Bargeldes zum 1.1.2002 hat die Kreditgeldzirkulation einen Anteil von mehr als 60 vH des Zentralbankgeldumlaufes gewonnen. Die Umschichtung in den letzten 20 Jahren D-Mark-Ära verdankt sich einer Geldpolitik, die sich nach Brechung des anhaltenden Preisauftriebs durch Krise und Abschwung 1980-82 zunehmend auf binnenwirtschaftliche Ziele orientiert und dabei durch die Entwicklung des Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar – Dollar-Stärke in Folge massiver Kapitalzuflüsse in die USA sowie der (Schein-) Blüte der US-Konjunktur in den 90er Jahren – begünstigt wird. Die Stärke des Euro wird die Europäische Zentralbank auch zukünftig in die komfortable Lage

versetzen, ihre Geldpolitik stark an den internen Verhältnissen der Euro-Zone zu orientieren.

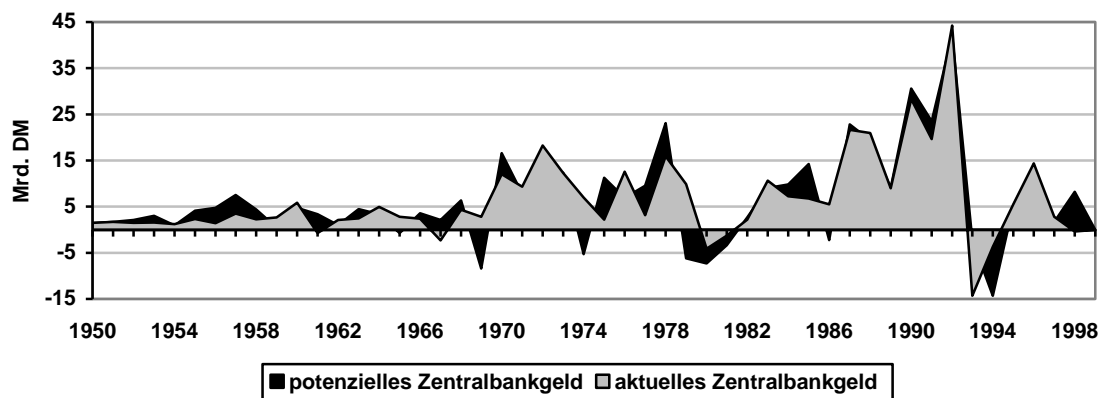
Abbildung 4: Zentralbankgeld als Wertzeichen und Kreditgeld, Anteile



Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

Die Zentralbankgeldmenge ZBG besteht aus dem Bargeldumlauf, den von den Geschäftsbanken bei der Zentralbank gehaltenen Mindestreserven sowie deren freien Liquiditätsreserven. Es handelt sich hierbei also um die aktive und passive Zirkulation von Zentralbankgeld, vom Standpunkt der Zentralbank aus gesehen. Durch Variation der Mindestreservesätze hat die Zentralbank Einfluss auf diese Aufteilung. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass das Mindestreserve-Soll des Geschäftsbankensektors nicht immer exakt eingehalten wird. Abgesehen von Unterschreitungen, die durch Strafzinsen sanktioniert werden, bestehen zumeist Überschussguthaben über das Mindestreserve-Soll, auf die die Geschäftsbanken jederzeit zugreifen können. Die geldpolitischen Wirkungen einer Veränderung der Mindestreservesätze sind also um so weniger gewiss, je größer diese Überschussguthaben der Geschäftsbanken sind. Daneben bilden Geldmarktpapiere im Besitz der Banken, deren Rückkauf die Zentralbank zugesagt hat sowie unausgenutzte Refinanzierungskontingente (Rediskontkontingente) jederzeit mobilisierbares Zentralbankgeld. Die für die Geldpolitik relevante Größe der Zentralbankgeldmenge begreift also beide Bestandteile, das aktuelle Zentralbankgeld sowie das potenzielle Zentralbankgeld ein.

Abbildung 5: Aktuelles und potenzielles Zentralbankgeld, Veränderung gg. Vj. in Mrd DM



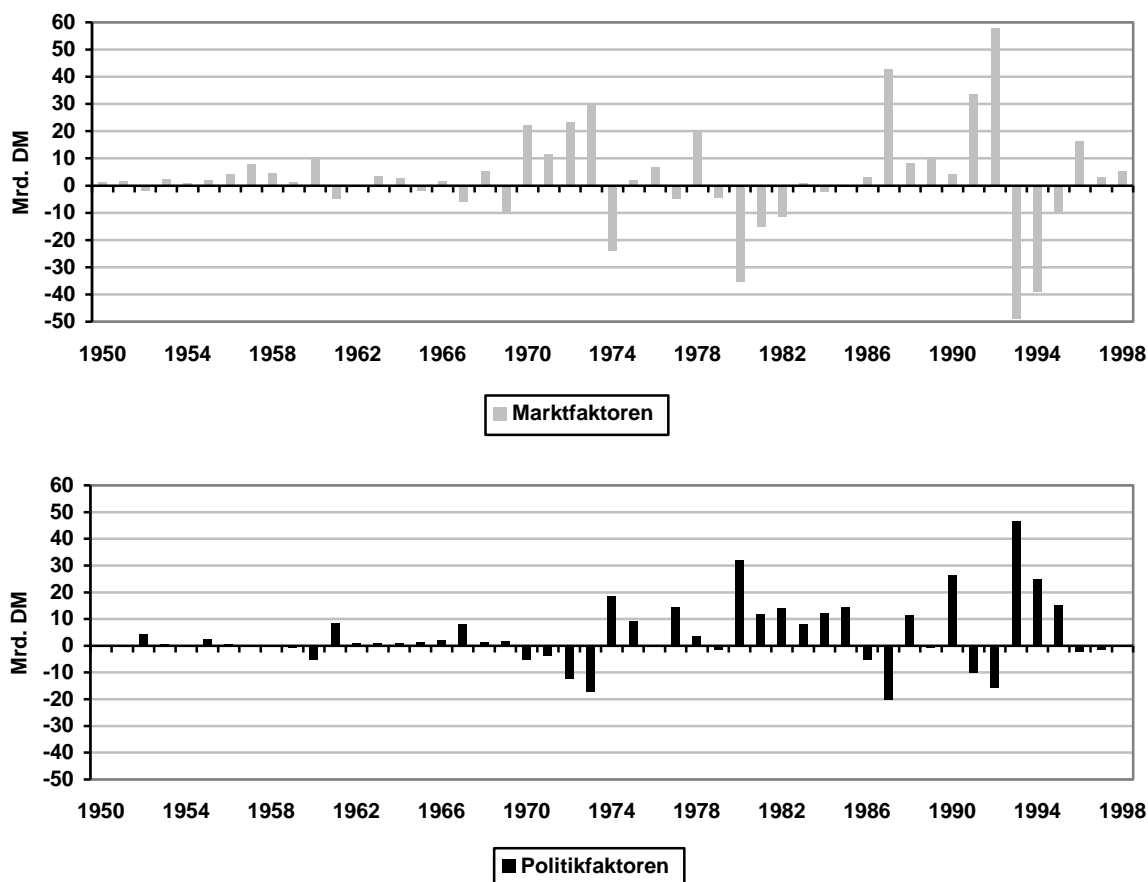
Quelle: Deutsche Bundesbank

In langfristiger Betrachtung kehrt für die Bundesrepublik in Abbildung 5 das bereits bekannte Bild der Geldmengenentwicklung in anderen Abgrenzungen wieder, welches seit Anfang der 70er Jahre deutlich erhöhte Ausschläge der jährlichen Veränderungsgrößen aufweist. Ein ausgeprägtes zyklisches Muster ist auf den ersten Blick nicht ausmachbar. Sieht man jedoch genauer hin, zeigt sich, dass die verschiedenen Bestandteile der Zentralbankgeldmenge die zyklischen Minima und Maxima in einer charakteristisch zeitversetzten Weise abwechselnd mitmachen: das Minimum zu Beginn des II. Zyklus (1954) ergibt sich durch einen absoluten Rückgang der freien Liquiditätsreserven des Bankensystems; Entsprechendes ist zu Beginn des III. Zyklus (1959) zu verzeichnen. In beiden Fällen verläuft die Entwicklung der aktuellen Zentralbankgeldmenge mit durchgängig positiven Zuwächsen. Im IV. Zyklus fällt das Minimum der Zentralbankgeldmenge zeitlich mit dem Minimum der Umsatztätigkeit zusammen (1967), gleichzeitig ist jedoch eine deutliche Gegenläufigkeit von aktueller ZBG und freien Liquiditätsreserven der Banken festzustellen. 1969 und 1971/72 ist diese inverse Entwicklung zwischen steigender aktueller Zentralbankgeldmenge und Kontraktion der freien Liquiditätsreserven der Banken wiederum sehr deutlich. Jeweils zeigt sich hieran, dass geldpolitische Maßnahmen der Bundesbank eine deutliche Expansion der Zentralbankgeldmenge konterkarieren sollen. Dasselbe Muster wiederholt sich schließlich in der Abschwungsbewegung des VII. Zyklus ab 1979, als kontraktive Maßnahmen der Zentralbank einen zeitlichen Vorlauf gegenüber der konjunkturzyklischen Bewegung des aktuellen Zentralbankgeldes ausweisen und die Gesamtgröße der Zentralbankgeldmenge in 3 aufeinander folgen-

den Jahren absolut reduzieren. Im VIII. Zyklus bestehen nur 1984/85 und im Zusammenhang mit der Währungsunion und Übernahme der DDR 1989/90 nennenswerte freie Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken, bevor 1994 ein starker kontraktiver Gegenschlag erfolgt.

Im nächsten Schritt kann nun die Entwicklung der aktuellen und potenziellen Zentralbankgeldmenge auf verschiedene ursächliche Faktoren zurückgeführt werden. Wir unterscheiden einerseits Marktfaktoren, andererseits Faktoren der Geldpolitik. Zu den ersten gehören die Veränderungen der zentralen Währungsreserven, der Einlagen-Schulden-Position des Staates sowie sonstige Geschäfte der Bundesbank mit Nichtbanken; zu den Politikfaktoren gehören Offenmarktgeschäfte der Bundesbank in Geldmarktpapieren mit den Geschäftsbanken, Rediskontkontingentänderungen, Lombardkreditgewährungen und Mindestreservesatzänderungen. Die Unterscheidung zwischen Wertzeichenzirkulation und Kreditgeldzirkulation tritt in dieser Differenzierung von Markt- und Politikfaktoren wieder hervor.

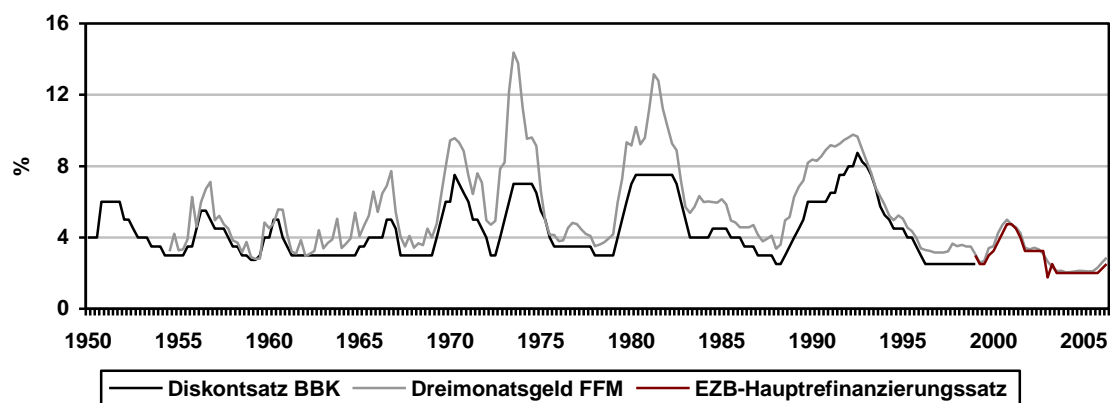
Abbildung 6: Zentralbankgeldmenge: Markt- und Politikfaktoren, Veränderung gg. Vj. in Mrd DM



Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

Abbildung 6 zeigt deutlich das inverse Verhältnis zwischen den beiden Gruppen von Einflussfaktoren für die Veränderung der Zentralbankgeldmenge. Immer wenn aufgrund der Marktfaktoren eine stärkere Expansion oder auch Kontraktion der Zentralbankgeldmenge zu verzeichnen ist, steuert die Bundesbank durch den Einsatz ihres geldpolitischen Instrumentariums gegen. Während diese inverse Beziehung zu Beginn des Betrachtungszeitraums nur gelegentlich anzutreffen ist, ist es seit Ende der 60er Jahre mehr und mehr die Regel, nur hin und wieder von konjunkturpolitischen Erfordernissen unterbrochen. Eine genauere Betrachtung der Einzelfaktoren der beiden Gruppen zeigt, dass die Veränderung der Währungsreserven die entscheidende Größe für die Marktfaktoren ist und Variationen der Mindestreservesätze diejenige für die Politikfaktoren; ab dem Jahr 1980 übernimmt die Offenmarktpolitik der Bundesbank mehr und mehr die dominierende Rolle für ihre liquiditätspolitische Steuerung der Zentralbankgeldmenge. Als allgemeines Muster der Geld(mengen)politik zeigt sich in der Gegensätzlichkeit zwischen Markt- und Politikfaktoren die bereits früher herausgestellte prinzipiell reaktive Ausrichtung: durch Marktprozesse induzierte Geldschöpfungs- oder -vernichtungsprozesse sollen durch den Einsatz der auf die Kreditgeldzirkulation wirkenden Instrumente der Bundesbank abgemildert oder verstärkt werden, um die Geldmengenentwicklung in den im Einklang mit den Marktumsätzen und der avisierten allgemeinen Preissteigerungsrate festgelegten Zielkorridor zu bringen. Dies bedeutet entweder „Sterilisierung“ marktinduzierter Geldschöpfung infolge Erhöhung der Währungsreserven oder Kompensation marktinduzierter Zentralbankgeldvernichtung durch akkommodierende Kreditgeldschöpfung.

Abbildung 7: Geldmarktzinssätze



Quelle: Deutsche Bundesbank

Im Rahmen ihrer Liquiditätssteuerung hat sich die Zentralbank neben der marktinduzierten Bewegung der Zentralbankgeldmenge auch an der Entwicklung der Zinsen am kurzfristigen Geldmarkt auszurichten – immer mit der Orientierung, die Geldmarktzinsen ihrerseits durch Festlegung der Notenbankzinsen (Diskont-/Lombardsatz) bzw. des Refinanzierungssatzes für Offenmarktgeschäfte zu steuern. Der Theorie nach sollen die Bankraten Diskont- und Lombardsatz die Obergrenzen für die marktbestimmten Geldmarktzinsen abgeben, der Zinssatz für Schatzwechsel die Untergrenze. Jedoch ist die Sachlage in Wirklichkeit so einfach nicht. Bekanntlich besteht für die verschiedenen Zinssätze eine grundlegende Abhängigkeit der kurzfristigen Geldmarktsätze vom langfristigen Kapitalzins, die allerdings regelmäßig zu Zeiten der zyklischen Krise (oberer Konjunkturwendepunkt) durchbrochen wird, wenn die Nachfrage nach baren Zahlungsmitteln (Betriebsmittelkrediten) den Bedarf für langfristige Investitionsfinanzierung substituiert und der Geldmarktzins die Führung im Prozess der bereits früher begonnenen Zinssteigerung übernimmt und das gesamte Zinsniveau auf sein zyklisches Maximum führt.

Dieser von dem zyklischen Zusammenspiel zwischen reproduktiver und Geldkapitalakkumulation bestimmte Markteinfluss für den kurzfristigen Zinssatz zeigt sich in der regelmäßigen Vergrößerung des Abstandes zwischen Marktzinssatz (vorliegend Dreimonatsgeld) und Zentralbankrate (vorliegend Diskontsatz). Dies bedeutet, dass in den oberen Wendepunkten des Zyklus, d.h. in der eigentlichen Krisenphase die Bundesbank teilweise bereits auf eine lockerere Zinspolitik umschaltet, um die Krisenverluste nicht noch ihrerseits zu steigern; jedenfalls ist dies in den oberen Wende-

punkten des II. (1956/57), III. (1960/III) und IV. Zyklus (1966/II) der Fall, während im V. (1970/III), VI. (1973/III), VII. (1981/II) und VIII. Zyklus (1992/II) die Bankrate zeitgleich mit dem Marktzinssatz oder signifikant später als derselbe reduziert wird. Auch die Unterstützung der Entspannungstendenzen in der eigentlichen Abschwungsphase durch die Notenbankzinspolitik ist deutlich nur im II. und III. Zyklus, danach kaum noch ausgeprägt. Von einer Regulierung auch nur der Geldmarktzinsen durch die Zentralbank kann also selbst in der Nachkriegsprosperität der Bundesrepublik Deutschland nicht die Rede sein, wie überhaupt die Zinspolitik der Bundesbank gegenüber der mengenmäßigen Beeinflussung des Liquiditätssaldos der Banken durch Variation der Mindestreserven und Refinanzierungskontingente bei der Geldmengensteuerung nur eine nachgeordnete Rolle spielt. Die mittlerweile von der Europäischen Zentralbank praktizierte Geldmengensteuerung über Offenmarktgeschäfte mit den Geschäftsbanken durch gleichzeitige Mengen- und Zinsvariationen kombiniert beide Ansatzpunkte miteinander und erlaubt mittlerweile eine präzisere Feinsteuerung als früher.

5. Die theoretische Relevanz eines alternativen Inflationsbegriffs

Die vorstehende Darstellung, ausgehend von den allgemeinen Bestimmungen von Ware, Wert und Geld über den Außen- und Binnenwert einer zeitgenössischen inkonvertiblen Repräsentativgeldwährung bis hin zur Interpretation der geldpolitischen Steuerung der Zentralbank auf der Grundlage dieser allgemeinen Bestimmungen, hat gezeigt, dass die Marxsche Theorie für empirische Analysen auch im Bereich Geld, Kredit, Währung und Preise fruchtbar zu machen ist und einen Zugang ermöglicht auch für die scheinbar dem Wertgesetz entgegen gesetzte Welt vom allgemeinen Preisniveau und der Kaufkraft des Geldes. Im Folgenden soll nun wieder die Reise rückwärts angetreten werden, indem ausgehend von den oberflächlichen Erscheinungsformen der Geldzirkulation der Begriff der Inflation und ihrer Messung in das werttheoretische Paradigma zurückgeholt bzw. integriert wird.

Am Ausgangspunkt dieser Betrachtung steht der fundamentale Gegensatz zwischen Werttheorie und traditioneller Geldtheorie, d.h. der Gegensatz zwischen preisbestimmter Ware als Ausdrucksform der Wertmaßfunktion des Geldes einerseits und dem „Warenhaufen“, der erst in und durch seine Zirkulation einen näher durch die Geldmenge bestimmten Preis erhält

andererseits. Dies wird traditionell in der Form der auf I. Fisher zurückgehenden Verkehrsgleichung zum Ausdruck gebracht:

$$P \times Q = M \times v$$

$$\text{oder: } P = \frac{M}{Q} \times v \text{ als „allgemeines Preisniveau“}$$

$$\text{bzw.: } \frac{1}{P} = \frac{Q}{M \times v} \text{ als „Geldwert“ i.S. der Kaufkraft einer Geldeinheit.}$$

Geht es nun um den empirischen Ausweis dieses allgemeinen Preisniveaus oder den Wert des Geldes, ist statistisch die Größe Q als „ökonomisches Realprodukt“ zu identifizieren, welches einen näher über Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit bestimmten Preis bzw. Preisniveau zugeordnet erhält. Der Statistiker weiß nun sehr genau, dass das ökonomische Produkt in Marktpreisen oder als „Nominalgröße“ den wirklichen Ausgangspunkt bildet²³ und erst die Ermittlung von intertemporalen Preisänderungen ein „Realprodukt“ im Sinne des Ausweises zu Preisen eines Basisjahrs bzw. zu Vorjahrespreisen ergibt; dieses ist somit eine in Preisen ausgedrückte Größe, die im Zeitablauf gleichwohl Mengenveränderungen, d.h. stoffliche Tatbestände zum Ausdruck bringen soll. Das allgemeine Preisniveau ist demnach eine Veränderungsgröße und drückt die Veränderung der Preise zwischen t_2 und t_1 aus. Der Vergleich zwischen der ökonomischen Variablen zu laufenden oder Marktpreisen mit ihrem Ausweis zu konstanten bzw. Vorjahrespreisen dokumentiert die auf der Geldseite angesiedelten

²³ Ebendeshalb galt uns die Statistik, insbesondere in ihrer gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung, stets als quasi-eigenständiges theoretisches Paradigma und nicht (nur) als handwerkliche Umsetzung ökonomischer Theorie für empirische Analysen (vgl. Projekt Klassenanalyse 1976, S. 32 ff.). Gerade im Hinblick auf Preise als oberflächlich-gegenständliche Ausdrucksformen von Wertschöpfung ist die Statistik faktisch näher an der Werttheorie als an der traditionell-bürgerlichen Preistheorie. Dies gilt auch im Hinblick auf die Zerfällung des Brutto-Produktionswerts (Produktenwerts) in verschiedene Bestandteile – Vorleistungen, Abschreibungen als übertragener konstanter Kapitalwert und Arbeitnehmerentgelt sowie Brutto-Betriebsüberschuss als variables Kapital und Profit – anstelle der Auffassung der Produktionsfaktorentheorie, wonach der Gesamtwert sich aus der Aufsummierung der Einkommensformen Lohn, Profit (sowie Grundrente) bei Verschwinden des (zirkulierenden) konstanten Kapitals – Vorleistungen als „Doppelzählungen“ – ergeben soll (vgl. Krüger 1986, S. 269 ff.).

monetären Veränderungen oder die Teuerungsrate als Veränderung der Kaufkraft einer Geldeinheit. Damit tatsächlich monetäre Veränderungen identifiziert werden, ist es notwendig, Veränderungen des Produktes selbst zu isolieren, eine Operation, die der sog. Preisermittler mittels einer Schätzung durchführt. Je mehr die qualitative Beschaffenheit des Produkts bzw. der Produkte eines Warenkorbes sich im Zeitablauf verändert, umso fragwürdiger, weil subjektiver ist diese Schätzung (sog. Qualitätsproblem); dementsprechend nimmt die Fehlerwahrscheinlichkeit mit dem Umfang des Warenkorbes und der betrachteten Zeitspanne zwischen t_2 und t_1 aufgrund von Gebrauchswertänderungen zu.

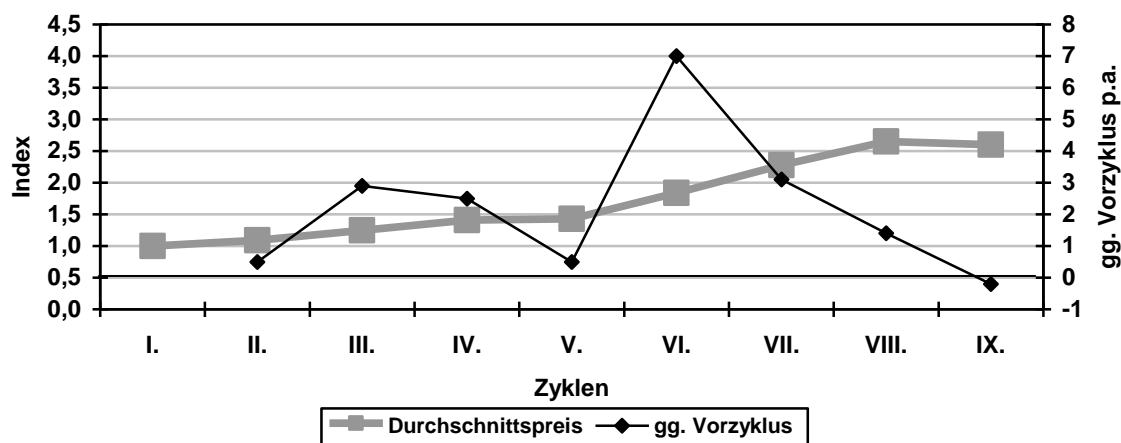
Gegenüber dieser theoretisch unzulänglichen, weil Gebrauchswert und Wert miteinander konfundierenden und in der statistischen Operationalisierung fragwürdigen Bestimmung eines Realprodukts und allgemeinem Preisniveaus ergibt sich auf Basis der Werttheorie eine gänzlich andere Vorgehensweise. An die Stelle der Fiktion eines gesamtwirtschaftlichen Realprodukts, dem ein allgemeines Preisniveau zugewiesen wird, setzen wir die Abstraktion eines gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreises der (Netto-) Wertschöpfung von einer Produkteinheit (Einzelpreis). Dieser Durchschnittspreis

- drückt gesamtwirtschaftliche Durchschnittsverhältnisse aus;
- ist als zyklendurchschnittlicher Preis Produktionspreis bzw.
- als Preis der Nettowertschöpfung (Wertprodukt) Wertausdruck des jährlich geschaffenen Neuwerts und
- verhält sich als Einzelpreis, d.h. Preis einer abstrakt-durchschnittlichen Einheit des Gesamtprodukts umgekehrt proportional zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität.²⁴

²⁴ Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird statistisch ebenfalls mit einem Index erfasst, der Veränderungen des (physischen) Outputs pro Stunde angewandter lebendiger Arbeit misst. Dies auf Branchenebene gemessen, führt im Maße, wie der Verarbeitungsgrad des Outputs zunimmt, ebenfalls zu dem statistischen Qualitätsproblem eines im Zeitablauf sich verändernden Produkts. In all den Branchen, in denen der Output nicht homogen ist oder eine Outputmessung nicht über Inputs möglich ist, greift die Statistik auch bei der Produktivitätsmessung auf die – subjektiv geschätzte – Aufteilung der Preisänderung zwischen t_2 und t_1 in eine Produkt- und Preiskomponente zurück, d.h. verfährt analog wie bei der inkriminierten Ermittlung gesamtwirtschaftlicher Preisindizes. Im Fall der Produktivitätsmessung ist dies aber in der statistischen Operationalisierung nicht anders zu bewerkstelligen. Der Vorzug des vorliegend verwendeten Indexes der industriellen Nettoproduktion liegt darin, dass so weit wie möglich der stoffliche Output pro Arbeitsstunde herangezogen wird. Vom

Seine Preisänderung über den Zeitraum zwischen zwei aufeinander folgenden Konjunkturzyklen t_2 und t_1 wird mithilfe eines Indexes erfasst, der für den Anfangszyklus auf 1,00 normiert wird. Aufgrund der umgekehrten Proportionalität der Entwicklung dieses Einzelpreisindex zur Produktivitätsentwicklung werden die auf der Wareenseite spielenden Einflüsse von Produkt- und Prozessänderungen in ihrem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt im Marktpreis Ausdruck ebenso erfasst wie die genuin monetären Einflussfaktoren. Im Ergebnis ergibt sich über dieses Konzept des gesamtwirtschaftlichen Einzelpreises eine Beziehung zwischen produktiven Arbeitsvolumina (in Arbeitsstunden) – gewichtet nach einfacher Arbeit und komplizierten Arbeiten in der Binnenwirtschaft sowie der nationalen Gesamtarbeit im Verhältnis zur universellen Arbeit auf dem Weltmarkt²⁵ – und dem Preis Ausdruck des Wert(produkts) (in Geldeinheiten).

Abbildung 8: Index des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts(markt)preises



Quelle: eigene Berechnungen

In den insgesamt 9 vollständig durchlaufenen Konjunkturzyklen seit dem II. Weltkrieg – 6 vier- bis fünfjährige Prosperitätszyklen sowie 3 längere Überakkumulationszyklen (bis 2003) – lassen sich 3 Entwicklungsperioden dieses gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreises unterscheiden: bis zum V. Zyklus (bis 1975) ein mäßiger Anstieg mit einer Jahresrate zwischen 0,5 und 2,9 %, eine zweite Phase (VI. bis VII. Zyklus) eines rascheren An-

Ergebnis her überzeichnet allerdings dieser Index die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung, da der Dienstleistungssektor ausgeblendet bleibt.

²⁵ Vgl. dazu ausführlicher Krüger 2007, S. 53 ff.

stiegs mit einer Jahresrate von 7,0 bzw. 3,1 % und eine dritte Periode (VIII. und IX. Zyklus) mit einer wiederum geringeren Veränderungsrate von 1,4 bzw. -0,2 % (vgl. Abbildung 8).

Die Entwicklung dieses Durchschnittspreises (Preis 1) lässt sich nunmehr werttheoretisch analysieren und auf einzelne Bestimmungsgründe zurückführen. Es lassen sich 4 Gruppen von Einflussfaktoren unterscheiden und hinreichend genau statistisch erfassen:

- . die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der binnenwirtschaftlichen Warenproduktion;
- . die Entwicklung der Wertschöpfungspotenz der nationalen produktiven Arbeit im Verhältnis zur universellen Arbeit auf dem Weltmarkt (internationale Gewichtung);
- . die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der (Welt-) Goldproduktion sowie
- . die Veränderung des Repräsentationsverhältnisses zwischen nationalem Repräsentativgeld und dem allgemeinen Äquivalent Gold im Sinne der eigentlichen Inflationsrate.²⁶

Bei der Auseinanderlegung der Einflussfaktoren für die Preisentwicklung steht jedes Mal der jeweilige Marktpreis (Durchschnittspreis) als Ergebnis von zyklisch wirkenden Ausgleichsprozessen am Ausgangspunkt. Der jeweilige Effekt der einzelnen Preiseinflussfaktoren kann sodann von Zyklus zu Folge-Zyklus nachgewiesen werden. Das Inflationspotenzial für den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreis wird als Restgröße ermittelt und sowohl kumulativ für den langfristigen intertemporalen Vergleich sowie zweitens gegenüber dem jeweiligen Vorzyklus (zyklische Verkettung) ausgewiesen. Die zweite Darstellungsform erlaubt es, den Bogen zu der ebenfalls kurzfristig ausgerichteten Geldpolitik zu schlagen und die „marginale“ Inflationsrate mit der statistisch ermittelten Preissteigerungsrate verschiedener Aggregate (Warenkörbe) zu vergleichen. Um schließlich eine Analogie zu der in der Theorie üblicherweise getroffenen Voraussetzung konstanter Verhältnisse auf der Geldseite herzustellen, weisen wir zusätzlich einen gesamtwirtschaftlichen Durchschnittspreis mit konstanten Verhältnissen auf der Geldseite, d.h. ohne Produktivitätsänderungen beim Gold

²⁶ Wir reservieren nachfolgend den Begriff der Inflation auf Veränderungen im Repräsentationsverhältnis zwischen dem Wert einer Einheit der Geldware Gold und einer Einheit des Repräsentativgeldes und grenzen ihn solcherart von der Teuerungsrate im Sinne der Veränderung der Kaufkraft einer Geldeinheit auf den Warenmärkten ab.

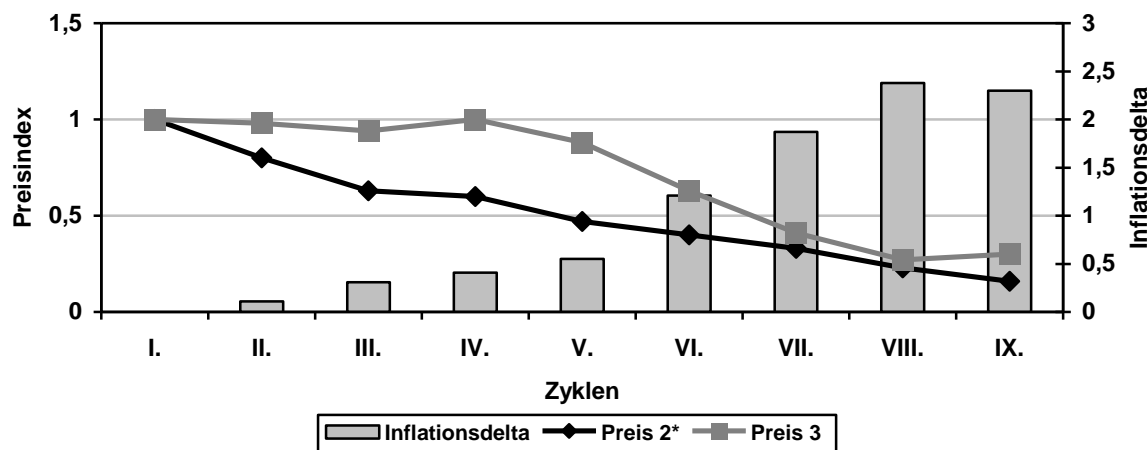
und mit unverändertem Repräsentationsverhältnis zwischen Gold und Papiergeld aus.

Wären die genuin monetären Preiseinflüsse – Goldwertentwicklung und Repräsentationsverhältnis des Papiergeldes zur Geldware – nicht existent bzw. blieben sie auf dem Stand vom I. Zyklus, so würde sich der gesamtwirtschaftliche Durchschnittspreis in den vorliegend erfassten gut 50 Jahren auf 16 % seines Ausgangswerts vermindern (Preis 2*). Diese produktivitätsbestimmte Einzelpreisreduzierung verläuft nicht kontinuierlich. Einer raschen Reduzierung bis zum III. Zyklus folgt nahezu eine Konstanz im IV. Zyklus, bevor es in den folgenden Zyklen wieder zu größeren Preissenkungen kommt. Dabei ist zu beachten, dass die Überakkumulationszyklen (ab VII. Zyklus) rd. doppelt so lang sind wie ihre Vorgänger; auf Jahresrate gerechnet verlangsamt sich also die Preisreduzierung. Dies hängt zusammen mit einer überakkumulationstypischen Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts, der gesamtwirtschaftlich bekanntlich in erster Instanz von der Wachstumsrate der Produktion bestimmt wird (Skaleneffekte).

Der in Abbildung 9 ausgewiesene Preis 3 ist demgegenüber der Preis einer Durchschnittseinheit der BRD-Warenproduktion in Gold. Geht die Produktivitätsentwicklung im Goldbergbau in etwa gleichen Schritt mit derjenigen der binnenwirtschaftlichen Warenproduktion wie in den ersten 4 betrachteten Zyklen, bleibt dieser „Waren-Goldpreis“ in etwa konstant. Bleibt dann jedoch die Produktivitätsentwicklung in der Goldproduktion deutlich hinter derjenigen der Warenproduktion zurück, wird Gold (pro Unze) relativ teurer als eine durchschnittliche Einheit der deutschen Warenproduktion, deren Preis daher fallen muss und zwar umso mehr, je deutlicher der Entwicklungsunterschied in der Produktivität ausfällt; dies ist seit Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts (ab dem V. Zyklus) der Fall. Erst im letzten vorliegend dokumentierten IX. Nachkriegszyklus verringert sich das Produktivitätsgefälle im Goldbergbau gegenüber der Warenproduktion wieder, weshalb – zusätzlich bedingt durch außenwirtschaftliche Wertschöpfungsgewinne der deutschen Produktion und demzufolge steigender Gewichtung der wertschöpfenden Potenz der deutschen produktiven Nationalarbeit – der „Goldpreis“ der Einzelware konstant bleibt bzw. sogar leicht ansteigt. Da Entwicklungsperioden, in denen die Produktivitätsentwicklung im Goldbergbau mit der allgemeinen Produktivkraftsteigerung in der gesamtwirtschaftlichen Warenproduktion Schritt hält, aber nur zufällig vorkommen, würde eine hypothetische Goldwährung eben nur zufällig Einzelpreiskonstanz über längere Zeitperioden zulassen und ansonsten allgemeine

Preissenkungen herbeiführen, die insbesondere in den jeweiligen zyklischen Abschwungsphasen ihre krisenverschärfenden Wirkungen entfalten würden.

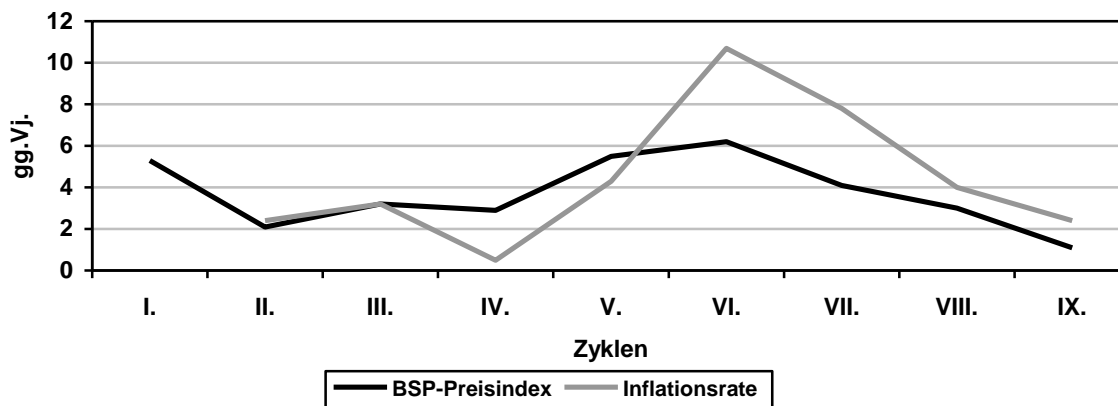
Abbildung 9: Bestimmungsgründe des Durchschnittspreises



Quelle: eigene Berechnungen

Es zeigt sich so, dass ein inkonvertibles Repräsentativgeldsystem und eine am Kaufkrafterhalt einer Geldeinheit orientierte Geldpolitik einer Zentralbank eine beständige Verschiebung des Repräsentationsverhältnisses zwischen Gold und Repräsentativgeld ermöglichen, die sehr heilsame Wirkungen entfalten. Das „Inflationsdelta“ als Differenz zwischen „Goldpreis“ und Marktpreis der Durchschnittseinheit federt gewissermaßen die negativen Konsequenzen einer Warengeld-Währung ab. Solange eine solche Inflationierung einer Repräsentativgeldwährung gegenüber der Geldware nicht außer Kontrolle gerät und via Hyperinflation, die dann auch einen Zerfall der Kaufkraft dieser Währung einschließt, zur Diskreditierung dieses Geldes führt, sind inflationäre Verschiebung des Repräsentationsverhältnisses und moderate Teuerung der Marktpreise zwar verschiedene Sachverhalte, jedoch einander bedingende Stabilitätsfaktoren des Akkumulationsprozesses.

Abbildung 10: BSP-Preisindex(Teuerungsrate) und marginale Inflationsrate



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

In der vorliegend herangezogenen BRD-Entwicklung liegt das Inflationspotential in den Zyklen I-IV auf einem niedrigen Niveau, den fundamentalen Daten der Produktivitätsentwicklung sowie der Steigerungsrate des Durchschnittspreises entsprechend. Auch im V. Zyklus hält sich die Zunahme dieses Inflationspotenzials noch in Grenzen, obgleich die Produktivitätssteigerungen bei Gold und in der BRD-Warenproduktion beginnen, sich in unterschiedlichem Schritt zu entwickeln, während der BRD-Durchschnittspreis aufgrund des hohen deutschen Produktivitätszuwachses auf dem Niveau des vorangegangenen Zyklus bleibt. Allerdings beginnt die Teuerungsrate der D-Mark zu steigen. Im VI., VII. und VIII. Zyklus baut sich sodann eine deutliche Verschiebung des Repräsentationsverhältnisses zwischen einer Einheit der Geldware und einer Geldeinheit in DM-Repräsentativgeld auf. Dies ist durchgängig durch die relative Verteuerung des Goldes infolge langsamerer Produktivitätsentwicklung in der Goldproduktion bedingt. Nur im VI. Zyklus wird dieses Inflationspotenzial zusätzlich durch eine hohe Steigerungsrate des Durchschnittspreises sowie eine hohe Teuerungsrate gesteigert; in den beiden folgenden Zyklen VII. und VIII. fallen beide wieder zurück. Im IX. Zyklus schließlich steigt auch die Produktivität in der Goldproduktion wieder rascher; zusammen mit der Konstanz des BRD-Durchschnittspreises gegenüber dem vorangegangenen Zyklus und einer weiterhin niedrigen Teuerungsrate baut sich auch das Inflationspotenzial nicht weiter auf.

Worin besteht nun, jenseits einer „Rehabilitierung“ der Marxschen Geldtheorie, der Ertrag des eingeführten alternativen Inflationsbegriffs und der

differenzierteren Aufschlüsselung der Preisbestimmungsgründe? Die Antwort lautet: In nicht mehr und nicht weniger als der Operationalisierung der Wertbestimmung durch gesellschaftlich notwendige Arbeit und der „Wiedereinführung“ des Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit, jenes „Springpunktes, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht“ (Marx), in die ökonomische Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung eines Stücks Zeitgeschichte. Mit der Rückbindung der oberflächlich-erscheinenden Formen der Preisbewegung auf die Grundkategorien von Wert, Arbeit – konkret-nützlicher wie abstrakt-menschlicher Arbeit – und Geld erhalten wir allererst – wieder – ein adäquates Bild der quantitativen Bestimmtheit der ökonomischen Entwicklung in einem Land für eine längere Zeitperiode.²⁷ Dies verschiebt die gesamte Betrachtungsperspektive: zu sehr hatte man sich daran gewöhnt, die von der amtlichen Statistik bereitgestellten Daten bezüglich Sozialproduktentwicklung und Wachstum etc. unhinterfragt nur „alternativ“ auf Basis bestimmter Zusammenhänge der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie zu interpretieren, anstatt sich Rechenschaft über die tatsächlichen Quantitäten von Wertproduktion und Wertgrößen abzulegen.²⁸

Anhand des Vergleiches zwischen der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung

- in Marktpreisen („laufende Preise“),
- in nach der gängigen Methode der Preisbereinigung durchgeführten Ausweis zu konstanten Preisen eines Basisjahrs sowie
- mit einer nach den vorstehenden Kriterien durchgeführten Inflationsbereinigung

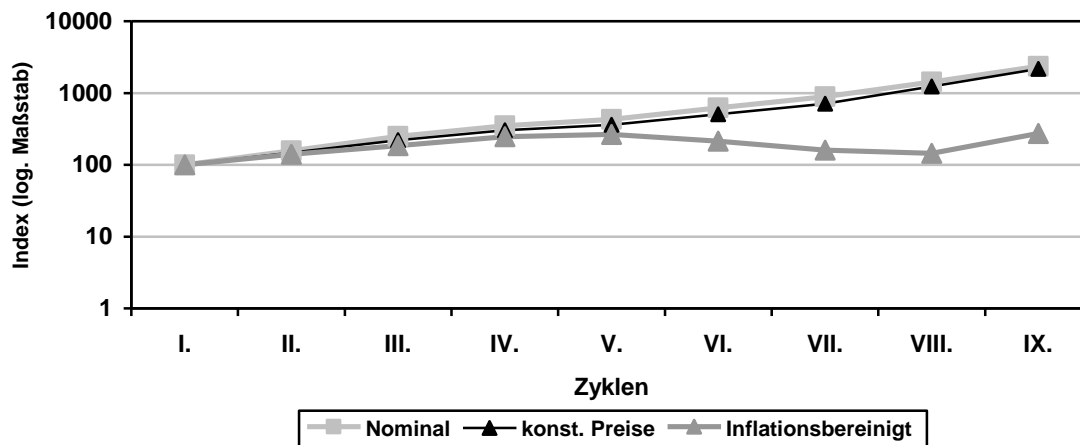
wird deutlich, in welchem Umfang die bürgerliche Ökonomie, die den Unterschied zwischen Gebrauchswert und Wert bzw. zwischen konkret-nützlicher und abstrakt-menschlicher Arbeit nicht ernst nimmt, die tatsächliche Wertproduktion überschätzt, indem sie die produktivitätsbedingte Vermehrung der Gebrauchswerte zugleich, nachdem sie ihren „konstanten

²⁷ Dies schließt den Bezug der Wert- und Preisgrößen auf die verausgabte lebendige Arbeit als Quelle der Wertschöpfung ein; vgl. zur Beziehung verausgabter Arbeit, ihrer binnen- und außenwirtschaftlichen Gewichtung als wertschöpfende Größe Krüger 2007, S. 53ff.

²⁸ Diese Einschränkungen sind im übrigen auch hinsichtlich der an den oberflächlichen Erscheinungsformen ansetzenden Theorien einer „produktivitätsorientierten Lohnpolitik etc.“ zu beachten. Es stellte ein eigenes Untersuchungsgebiet dar, die populären Formeln auf die Kategorien der Werttheorie zurück zu beziehen, um ihren tatsächlichen Realitätsgehalt im Hinblick auf verteilungstheoretische Konsequenzen zu analysieren.

Preis“ zuerkannt bekommen haben, als Wertvermehrung begrift und damit den Konnex der Produktion zur produktiven Arbeit als Quelle des Werts negiert.

Abbildung 11: Wertprodukt – in Marktpreisen, konstanten Preisen und inflationsbereinigt



Quelle: eigene Berechnungen

In Abbildung 11 wird ausgewiesen, dass nach Inflationsbereinigung das BRD-Wertprodukt im VI., VII. und VIII. Zyklus absolut zurückgeht, entsprechend der Einschnürung der produktiven Basis des BRD-Akkumulationsprozesses nach dem Ende der Prosperitätsphase und seinem Übergang in eine strukturelle Überakkumulation von Kapital. Auch der neuerliche Anstieg im IX. Zyklus verdankt sich nicht einer erneuten beschleunigten Akkumulation von Kapital, sondern bloß dem veränderten Gebiets- und Bevölkerungsstand sowie dem vergrößerten Produktionspotenzial nach dem Anschluss der ehemaligen DDR an die Bundesrepublik. Gegenüber diesem Befund, der selbstredend mannigfache Konsequenzen auch für zukünftige Aufgaben und Entwicklungsperspektiven besitzt, zeigt der Ausweis derselben Ausgangsgröße zu „konstanten Preisen“ nur eine verringerte Geschwindigkeit eines fortgesetzten Wachstumsprozesses der BRD-Ökonomie. Damit wird tatsächlich nur die produktivitätsbedingte Vermehrung des Gebrauchswert-Ausstoßes des BRD-Gesamtreproduktionsprozesses erfasst – so wichtig dies für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung ist, so wenig ist damit gleichzeitig über die Bedingungen der Gebrauchswertproduktion, die eben in den Wert- und Verwertungsverhältnissen des Gesamtkapitals begründet sind, etwas ausgesagt.

6. Die Alternative: Gewaltsame Rückbindung des „losen Endes“ der Denomination des Geldes durch das Gold oder politische Weiterentwicklung des internationalen Währungszusammenhangs

Unsere bisherige Betrachtung hat zu der These geführt, dass der weltwirtschaftliche Währungszusammenhang sich seit längerer Zeit in einer spezifischen Zwischenlage befindet – einerseits entfernt von geordneten Verhältnissen wie zur Zeit von Bretton Woods, die krisenhaft aufgelöst wurden, andererseits aber auch durch die seinerzeit geschaffenen Institutionen und bisher praktizierten Interventionen des IWF (und der Weltbank) bei aufgetretenen Währungs- und Finanzkrisen vor einem internationalen Rotenfeuer bewahrt. Das von uns so genannte „lose Ende“ der Denomination der nationalen Repräsentativgelder durch die Geldware und, darauf gegründet, die internationalen Kreditbeziehungen sind von Fall zu Fall verlängert und gesichert worden, der Umschlag des Kredit- in das Monetarsystem, der Marx zufolge in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise begründet ist, konnte vermieden werden. Dieser Umschlag ist aber unter den obwaltenden Bedingungen nicht prinzipiell ausgeschlossen – um so weniger, als die reproduktive Kapitalakkumulation und Wertschöpfung nach wie vor an Überakkumulationssyndromen laboriert, die sich 2007 gerade wieder in Gestalt der vom US-Hypothekenmarkt ausgehenden Banken- und Finanzkrise gezeigt haben.

Um so wichtiger ist daher eine Debatte um die Weiterentwicklung der vor nunmehr gut 65 Jahren von Keynes vorgebrachten Überlegungen um die Gestaltung eines internationalen Währungssystems, welches die Gefahr krisenhafter Entwicklungen vermindert, tendenziell ausschließt und gleichzeitig die internationalen Ungleichgewichte zwischen den industriellen Zentren, aufkommenden Industrieländern und den von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abgehängten Entwicklungsländern politisch handhabbar gestaltet und sukzessive abbaut. Dies impliziert, dass sich innerhalb dieses Entwicklungsprozesses notwendigerweise die Systemfrage stellt, die zu guter Letzt im Sinne der Ablösung der kapitalistischen Produktionsweise zu entscheiden sein wird.

Keynes' Vorschlag zur Errichtung einer „International Clearing Union“ (vgl. Keynes 1963) baute auf der Existenz unterschiedlich entwickelter und in den Welthandel integrierter Nationalstaaten mit je eigenen Geld-, Kredit- und Bankensystemen auf und beinhaltete auf dieser Grundlage die Gründung einer Welt-Zentralbank als Verrechnungsstelle für die nationalen Guthaben und Schulden der Mitgliedsländer. Verrechnungseinheit sollte

eine neue internationale Währung sein – von Keynes „Bancor“ genannt –, die durch Gold denominiert und zu der Geldware in einer festen, gleichwohl prinzipiell veränderlichen Beziehung stehen sollte. Auch die nationalen Währungen der Mitgliedsländer sollten feste, jedoch durch das „Government Board“ der Clearing-Union prinzipiell veränderliche Wechselkurse besitzen. Die Beziehung zwischen Gold und Bancor sollte eine „one-way-convertibility“ sein, d.h. Gold sollte in bestimmten Quoten von den Mitgliedsländern in die Clearing-Union eingezahlt werden, aber nicht – außer bei allgemeinen Quotenreduktionen – an die Mitgliedsländer zurückerstattet werden können. Die Geldware Gold besaß damit die Funktion als Reservemedium für das internationale Zahlungsmittel Bancor der Welt-Zentralbank. Es übte also seine Wertmaßfunktion durch die Denomination von Bancor aus, ohne zu Zwecken der Ausgleichung internationaler Zahlungsbilanzungleichgewichte in die Zirkulation einzutreten. Daher war die Kreation dieses internationalen Zahlungsmittels von vornherein unabhängig sowohl von den vorhandenen Goldbeständen einzelner Länder als auch von den Bedingungen der Goldproduktion, d.h. der tatsächlichen Vermehrung von Gold im Zuge eines expandierenden Welthandels. Mit der damaligen – ursprünglich einseitigen, dann aber allgemein anerkannten – Aufhebung der Goldkonvertibilität des US-Dollars hat sich dies als ökonomische Notwendigkeit dann ja auch tatsächlich durchgesetzt – allerdings um den Preis des Zusammenbruchs des gesamten Bretton-Woods-Währungssystems, d.h. weitgehender Rücknahme bis dato erreichter internationaler Regulierungen.

Der Unterschied dieses Keynes-Plans zu den Konstruktionsprinzipien des Internationalen Währungsfonds, den den Mitgliedern auf Basis ihrer Einzahlungen zugeteilten Ziehungs- und Sonderziehungsrechten und der bis heute praktizierten Politik von IWF (und Weltbank) liegt namentlich in folgenden Punkten:

- ein zugunsten der internationalen Politik verschobenes Verhältnis zwischen nationalen und internationalen Steuerungseingriffen sowie
- eine Quasi-Sozialisierung der Funktion des Weltmarkt-Demiurgen in Währungs- und Zahlungsbilanzangelegenheiten mit Betonung der Gleichheit zwischen den Teilnehmern bzw. Teilnehmer-Gruppen an der Clearing-Union;
- gemeinsame Verantwortung von Defizit- und Überschussländern zum Abbau von internationalen Ungleichgewichten durch Vergabe von kurz-

und mittelfristigen Zahlungsbilanzkrediten in Bancor bei gestaffelten Auflagen der Clearing-Union an beide Ländergruppen.

Dabei war es für Keynes eine Selbstverständlichkeit, seine Vorschläge für die Internationale Clearing-Union in ein System des Freihandels, jedoch fortgesetzter Kontrolle und Regulierung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs – mit Ausnahme der durch Handel und Direktinvestitionen induzierten Transaktionen – einzubetten. Damit wird eine weitere prinzipielle Differenz der Keynesschen Herangehensweise gegenüber dem heutigen „general wisdom“ der Wirtschaftswissenschaft deutlich: für Keynes stehen die Wohlstandseffekte des Freihandels sowie – wie wir heute ergänzen würden – eines über Direktinvestitionen strukturierten „global sourcing“ im Fokus, sie gelten ihm im Sinne der Wertschöpfung als reproduktive Grundlage für alle sonstigen Transaktionen der Kapitalbilanz. Die heutige sehr weitgehende Verselbstständigung der internationalen Geldkapitalakkumulation und -bewegung – fundamental begründet in Widersprüchen der Kapitalakkumulation als solcher, ursächlich für die krisenhafte Auflösung des Bretton-Woods-Währungssystems und anfängliches Begleitmoment der flexiblen Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen des kapitalistischen Weltmarkts – hat sich mittlerweile als weitgehend vom Spekulationsmotiv beeinflusster, quantitativ die reproduktiven Prozesse dominierender und die kurz- und mittelfristige Wechselkursentwicklung bestimmender sowie die Verschuldungsposition entscheidender „Player“ finanzierender Tatbestand durchgesetzt. Die kurzfristigen internationalen Kapitalströme gelten zu Recht als wesentliches Moment internationaler Instabilitäten, die die Möglichkeit des krisenhaften Umschlages des Kredit- in das Monetarsystem wieder an eine prominentere Position der Agenda gesetzt haben. So gesehen wäre bereits eine Rückkehr zu Keynes' Plan einer Internationalen Clearing-Union radikal und revolutionär.²⁹

²⁹ Die vorliegend kurz referierten Elemente des Keynesschen Vorschlages für eine International Clearing Union markieren einerseits Zielpunkte der Weiterentwicklung der vorhandenen Institutionen IWF/Weltbank etc.; andererseits ließen sich in dieser Weiterentwicklung des internationalen Währungssystems die gegenwärtig diskutierten Vorschläge zur Lösung der vorhandenen Probleme und Ungleichgewichte integrieren, also z.B. Maßnahmen zur Beschränkung der internationalen Geldkapitalströme durch eine Verkehrssteuer (sog. Tobin-Tax), Auflösung der Konkurrenz zwischen US-Dollar und Euro als internationale Leit- und Reservewährungen, Regulierung der Ungleichgewichte der Leistungs- und Kapitalbilanzen wichtiger Länder (z.B. USA vs. VR China) inkl. Abbau internationaler Gläubiger- und Schuldnerpositionen. Dies genauer auszuführen ist hier nicht der Ort.

Literatur

- J. Fullarton, Die Regelung der Währung [On the Regulation of Currencies]; in: Vom Gelde, hrsg. von K. Diehl, P. Mombert, Frankfurt/Berlin/Wien 1979
- H. Ganßmann, Geld und Arbeit, Frankfurt 1996
- M. Heine/H. Herr, Der esoterische und der exoterische Charakter der Marxschen Geldtheorie; in: Politische Ökonomie im Wandel, hrsg. von A. Schikora, A. Fiedler, E. Hein, Marburg 1992
- M. Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert, Die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, 4. überarb. und erw. Auflage, Münster 2006
- J.M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936
- J.M. Keynes, Proposals for an International Clearing Union; in: World Monetary Reform, Plans and Issues, ed. by H.G. Grubel, Stanford (California) 1963
- S. Krüger, Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, Langfristige Entwicklung und konjunktureller Zyklus, Hamburg 1986
- S. Krüger, Konjunktur und Krise, Bundesrepublik 1950-1997, Kritik der Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; in: Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“, 7-8/1998
- S. Krüger, Konjunkturzyklus und Überakkumulation, Wert, Wertgesetz und Wertrechnung für die Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 2007
- S. Krüger, Stagnation und Überakkumulation, Vollzieht sich die ökonomische Entwicklung noch in zyklischen Bahnen?; in: U. Ludwig/K. Steinitz/K.G. Zinn u.a., Konjunktur-Perspektiven, Zwischen Prosperitätserwartungen und Krisenszenarien, Hamburg 2008
- K. Marx, Das Kapital Bd. I, II, III; in: Marx-Engels-Werke Bd. 23-25, Berlin (DDR) 1971 ff.
- K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953
- Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems, Das Kapitel vom Geld, Interpretation der verschiedenen Entwürfe, Westberlin 1973
- Projekt Klassenanalyse, Gesamtproduktionsprozess der BRD 1950-1975, Kritik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Westberlin 1976
- I. Stützle, Die Frage nach der konstitutiven Relevanz der Geldware in Marx' Kritik der Politischen Ökonomie; in: Das Kapital neu lesen, Beiträge zur radikalen Philosophie, hrsg. von J. Hoff, A. Petrioli, I. Stützle, F.O. Wolf, Münster 2006
- D. Wolf, Der dialektische Widerspruch im „Kapital“, Hamburg 2002
- D. Wolf, Gesellschaftliche Praxis und das Problem der Geldware bei Ingo Stützle, Michael Heinrich, und Jannis Milios, in Gesellschaftliche Praxis und ihre wissenschaftliche Darstellung, Hamburg 2008